

(Präsidentin Friebe)

(A)

daß der Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen worden ist.

Ich rufe auf die Nummer 4:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Auch hier gebe ich den Hinweis auf die Beschlussempfehlung Drucksache 11/6410 und die vorliegenden Änderungsanträge zum Teil

a) Umweltschutz und Raumordnung

Ich eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Dr. Schraps für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen unsere Anträge heute nicht noch einmal vor. Sie sind im Ausschuß mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt worden, ohne Beratung, und ich möchte Ihnen ein Wort ins Stammbuch schreiben, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Die Ringenden sind die Lebendigen. Das können Sie nachlesen, aber Sie, meine Damen und Herren, ringen eigentlich nicht mehr. Sie ringen mit uns nicht mehr um den besten Weg in einer Sache. Wir ringen nicht mehr um den Umwelthaushalt, und Sie haben alle vergessen - das möchte ich doch mit großem Ernst sagen -, daß der Weg zum Fortschritt fortwährende Selbstkritik ist.

(B)

Ich frage mich, meine Damen und Herren, was aus einem Land wird, in dem die Gedanken der Opposition, die sich ebenfalls dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt und nur in der Empfehlung der Mittel abweicht, ohne nähere Betrachtung abgewürgt, verworfen werden. Auf diese Art und Weise verkommt der Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen zu einer Einbahnstraße, und das ist gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten außerordentlich schlimm. Gerade in dieser Zeit ist es nämlich notwendig, haushälterische Schwerpunkte zu bilden, die mithelfen, den Produktionsstandort Nordrhein-Westfalen, die Fragen des

(C)

Umweltschutzes und die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie zu vereinbaren.

Ich bitte Sie, Herr Minister, machen Sie doch einmal, mehr als einmal deutlich, daß der Umweltschutz nicht nur eine Kostenbelastung für umweltintensive Produktionszweige ist; er hat auch einen wachsenden Arbeitsmarkt mit der Chance geschaffen, Erträge aus einer Umweltschutzgüterindustrie zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen. Umweltschutz ist also eine Chance für Nordrhein-Westfalen, leider weitestgehend ungenutzt, so daß wir in Nordrhein-Westfalen nicht, wie immer behauptet wird, Spitzenpositionen bei umweltpolitischen oder wirtschaftlichen Erfolgen einnehmen, sondern bei Arbeitslosenraten und der Pflege von wirtschaftlichen Monostrukturen,

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Alles falsch!)

Monostrukturen, die im übrigen in der Vergangenheit nicht nur zu arbeitsmarktpolitischen, sondern auch zu umweltpolitischen Risiken geführt haben. Ein ganz großer schlagender Beweis, Herr Minister, sind doch nicht nur die überproportionalen Arbeitslosenzahlen, sondern 20 000 Altlasten in Nordrhein-Westfalen. Es ist eine Umwelthypothek, deren Beseitigung Ihnen nicht einmal im kleinsten Rahmen, im kleinsten Umfang gelingt. Es gibt auch keinen Schwerpunkt innerhalb des Haushalts, der darauf eingeht.

(D)

Sie haben ein von Anfang an krankes Lizenzmodell, und das ist im Grunde genommen wirklich beredtes Zeugnis für eine sture, unwandelbare Umweltpolitik. Im Haushalt 1994 sind für die Arbeit des Abfallbeseitigungs- und Altlastensanierungsverbandes ganze 35 Millionen DM angesetzt, wovon dieser Verband im Höchstfall 70 % verbrauchen kann - ein Mittelansatz, der eigentlich lächerlich ist.

Zwei Beispiele: Sie wissen genau, wie teuer Altlastensanierung sein kann. Hamburg hat für die Deponiesanierung Georgswerder bereits 120 Millionen DM ausgegeben und Hessen für Gerolsheim zwischen 80 Millionen DM.

Was machen wir hier? - 20 000 unsanierte Altlasten, zumeist in Ballungsgebieten, bei einem riesigen Bedarf an Bauland für Industrie und Gewerbe! Also: Negativsignale aus Nordrhein-Westfalen, und dasselbe

(Dr. Schraps [CDU])

(A) im übrigen bei der Altlastengefährdungsabschätzung und den Sanierungsuntersuchungen. Hier wurde der sowieso magere Etat noch um 30 % auf 3,7 Millionen DM gekürzt, und ich frage mich, Herr Minister, ob Sie nicht den Forschungsbericht "Umweltschutz und Industriestandort" kennen, der aussagt, daß umweltbelastete Regionen von Unternehmen mehr und mehr gemieden werden. Das Image einer Region insbesondere in Umweltfragen ist neben den ökonomischen Fragen für ansiedlungswillige Industrie ein herausragender Standortfaktor.

Ich glaube, daß Nordrhein-Westfalen endlich - und zwar gerade deswegen - eine moderne Sanierungsinfrastruktur und stationäre und mobile Sanierungszentren aufbauen muß, und zwar nicht nur zur Sanierung eigener Altlasten, sondern um dem wachsenden Umweltmarkt in Ost- und Westeuropa vor Ort moderne, praxiserprobte Sanierungstechnologien anbieten zu können. - Was macht NRW statt dessen?

Wir exportieren kontaminierte Böden zum Beispiel nach Holland, kostenträchtig, lassen sie dort behandeln, oder wir kippen belastete Böden auf knappen Deponieraum. Das heißt also, Nordrhein-Westfalen nimmt in Kauf, daß Arbeitsplätze im Ausland gesichert werden und Kapital abwandert. Die Reaktion auf diese Gefahr im Haushalt ist gleich Null.

(B) Diese gleiche Konzeptionslosigkeit zeigt sich in der Abfallpolitik. Hier wird nur notwendige Reparaturpolitik betrieben, die weit von vorsorgender Umweltpolitik entfernt ist. Diese vielgepriesene ökologische Abfallpolitik des Ministers findet in teuren Aktionen und weiterhin finanzträchtiger Öffentlichkeitsarbeit anstatt in praktischer Politik statt.

Herr Minister, ein Beispiel dafür: Kommunen, Landesbehörden, Industrie, Unternehmen der Abfallwirtschaft müssen nach wie vor in ganz unverantwortlicher Weise Entsorgungskapazitäten auf Grund veralteter Zahlen planen. Das ist bis heute noch so. Ich hoffe, daß wir nächstes Jahr endlich andere bekommen. Das heißt, im Moment liegen Erweiterungspläne für ein Sonderabfallaufkommen von fast 740 000 Tonnen pro Jahr vor, obwohl wir nach Zahlen, die die Industrie uns vorgelegt hat, wissen, daß 1992 der zu entsorgende Sonderabfall nur noch 367 000 Tonnen betrug - bitte, das sind Zahlen, die wir noch nicht

(C) von Ihnen bekommen haben, die wir uns aber besorgt haben. Die Mengenprognosen der großen Entsorgungsformen deuten auf Rückgang. Das bedeutet also eine fallende Tendenz aus dem ersten Halbjahr 1993, aus vielerlei Gründen. Die Vermeidungsstrategie greift natürlich auch, und ich glaube - -

(Minister Matthiesen: Aha!)

- Bei der Industrie, und wissen Sie, warum? - Weil die Sonderabfallkosten inzwischen so hoch geworden sind, daß die Industrie hier etwas tut.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Unsere Politik!)

Damit sind wir vollkommen - -

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Aber das ist doch kein Verdienst des Umweltministers; darüber kann ich doch nur lachen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Umweltminister bringt es ja nicht einmal fertig, Zahlen vorzulegen. Herr Strehl, regen Sie sich doch nicht auf; Sie können sich gleich aufregen.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Ich muß mich aufregen!)

(D)

Sie haben doch mit verhindert, daß wir neue Zahlen bekommen haben. Denken Sie doch einmal an unseren gemeinsamen Antrag. Den haben Sie doch nicht mit unterschrieben, weil wir neue Zahlen haben wollten, auf deren Grundlage die Entsorger endlich planen könnten. Den haben Sie nicht unterschrieben, dazu waren Sie zu feige.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben in Ihrer Haltung dem Minister gegenüber nicht nur Scheuklappen, Sie haben Augenklappen auf; Sie sehen überhaupt nicht, was dort geschieht.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Vielleicht können wir uns auch einmal die Hausmüllsituation anschauen, Herr

(Dr. Schraps [CDU])

(A)

Minister. Mit ganz toller Verwunderung habe ich Ihre Aussage vor dem Untersuchungsausschuß gelesen.

(Minister Matthiesen: Waren Sie da?)

- Nein, ich habe es gelesen; das war ja toll.

(Minister Matthiesen: Waren Sie mit Lesen da?)

Sie haben ja nicht einmal widersprochen. Sie haben gesagt, 5 Millionen DM brauchten Sie wegen des Müllnotstandes. Ob ehemalige DDR oder nicht - Herr Minister, ich habe daraufhin alle Ihre Reden durchgelesen, Sie haben immer gesagt, Müllnotstand gibt es überhaupt nicht. Woher haben Sie dann plötzlich diese Ausrede? Das ist für uns, die wir uns ständig mit Abfall beschäftigen, wirklich eine ganz tolle Aussage.

(Zustimmung des Abgeordneten Uhlenberg [CDU])

Können Sie mir denn einmal sagen, wie groß die Hausmüllreduzierung nach Ihrer Öffentlichkeitskampagne war? Das müßte doch mit Zahlen belegt werden, damit wir einmal wissen, wofür wir Geld ausgegeben haben. Wir gönnen Ihnen das Geld ja,

(Minister Matthiesen: Oho!)

(B)

wenn Sie uns sagen, wieviel Sie damit geschafft haben, außer daß Sie Hochglanzbroschüren herausgegeben haben, nämlich Müll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben also auch da keine neuen Zahlen. Bei den Regierungspräsidenten haben Sie nicht einmal alle Abfallentsorgungspläne, obwohl die seit 1986 gefordert sind.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Seit 1972, Frau Kollegin! Bundesgesetz!)

- Ich gebe ja ein bißchen was zu; es gibt verschiedene Forderungen, ich nehme die letzte. - Was entsteht daraus? Hören Sie sich das doch einmal an: Ein Deponiebetreiber hat auf der Grundlage Ihrer alten Zahlen Erweiterungsinvestitionen getätigt, und nun geht dieses Abfallaufkommen zurück. Das heißt, die

erhöhten Deponiekosten müssen bezahlt werden, auf eine geringere Abfallmenge umgelegt werden. Und nun steigen diese Deponiegebühren um 100 %.

Nun stellen Sie sich einmal vor: Wer zahlt die denn? Der Bürger! Herr Minister, der Bürger zahlt die Zeche mit steigenden Abfallgebühren bei weniger Müll. Der umweltbewußte Bürger, Herr Matthiesen, wird in Nordrhein-Westfalen nicht etwa belohnt, sondern bestraft. Und damit verstoßen Sie gegen Ihr eigenes Landesabfallgesetz. Ich frage Sie: Wozu brauchen Sie dann noch diese 3,3 Millionen DM für ein unwirksames Aufklärungsprogramm ökologische Abfallwirtschaft?

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Zur Sache!)

Geben Sie dieses Geld uns, befolgen Sie unseren Antrag, das Freiwillige ökologische Jahr - das ist eine Umwelterziehung - auf der Grundlage des Bundesgesetzes einzuführen. Mit 3 Millionen DM können Sie da hervorragende Arbeit leisten.

Ich würde gern jetzt - aber das können wir vielleicht in der zweiten Runde tun - noch etwas zu Ihrer sogenannten schlanken Verwaltung sagen, die Sie mit einem 50-Millionen-Bau beginnen. Ich werde mir das im Moment verkneifen.

(D)

Auf jeden Fall, meine Damen und Herren, ein Abschlußwort! Dieser Haushalt 1994 zeigt keine Ansätze vorsorgender und zukunftsorientierter Umweltpolitik, zeigt keine Ansätze im Bereich der Forschung und Entwicklung, zeigt nur geringe Mittel für Untersuchungsvorhaben und keine Ansätze zur Förderung umweltfreundlicher Produkte und innovativer Verfahren, keine Unterstützung der Wachstumsbranche Umweltschutz, ungenügende Mittel für Altlastensanierung, keine Mittel für das Freiwillige ökologische Jahr und vieles mehr.

Herr Minister, dieser Umwelthaushalt krankt wie in den Vorjahren an einem fehlenden Prioritätenkatalog. Versuchen Sie, auch unter Sparzwang vernünftige, ausgewogene und neue Wege zu gehen, die wir gern mit Ihnen beschreiten würden. Allein schaffen Sie es nicht. Und denken Sie daran - auch ein netter Spruch -: Man kann alles nur gemeinsam machen.

(Dr. Schraps [CDU])

(A)

Das Meer wird nicht größer, wenn eine Gans Wasser spart, Herr Minister. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Jankowski das Wort.

Abgeordneter Jankowski (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Sehr verehrte Frau Dr. Schraps, es ist immer sehr reizvoll, Ihnen zuzuhören, welche Beispielansätze Sie geben. Ich würde gern mit Ihnen ringen, nur, meine Erziehung verbietet das; die hat gesagt: Wer ringt, der lebt. Und da ich noch lebe, möchte ich - -

(Abgeordnete Dr. Schraps [CDU]: Werden Sie nicht feministisch! Sie wissen, wie es dann geht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen ist hier von seiten der CDU geschildert worden. Frau Dr. Schraps, Sie sagen "Selbstkritik" - ich würde mir wünschen, Sie würden auch etwas mehr Selbstkritik in das hineinlegen, was Sie selbst hier erzählt und behauptet haben.

(B)

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Sehr richtig!)

Die derzeitige wirtschaftliche Situation ist gekennzeichnet - das haben Sie gesagt - von massiven konjunkturellen und strukturellen Einbrüchen. Auch die finanzielle Ausstattung des Einzelplans 10, Umwelt und Raumordnung, ist davon nicht verschont worden. Das gilt im besonderen auch für Nordrhein-Westfalen als Industrie- und Wirtschaftsraum in der Bundesrepublik. Deshalb brauchen wir einen Konsens über eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft als Grundlage eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Geschäftsmodells.

Dabei muß vor allem die Akzeptanz für industrielle und gewerbliche Aktivitäten verbessert werden. Der bisherige Versuch, die vorhandenen Akzeptanzdefizite durch gesetzliche Reglementierungen bis ins Detail

(C)

aufzufangen, ist in einer entwickelten Industriegesellschaft auf die Dauer zum Scheitern verurteilt, wenn auch festzuhalten ist, daß für die Reparatur von Umweltschäden - dazu gehören auch Altlasten - dieses Vorgehen erforderlich war und zu ganz erheblichen Erfolgen in den Bereichen Luft, Wasser, Abfall, Recycling geführt und damit zum Aufbau einer leistungsfähigen Umwelttechnologie beigetragen hat.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch darauf eingehen, was Frau Dr. Schraps gesagt hat, weil sie anklagt, daß die Kampagnen des Herrn verehrten Umweltministers ins Leere gelaufen wären. Ich möchte auf das bestehende Defizit hinweisen, das wir nicht zu verantworten haben und das einer dringlichen Regelung bedarf - und dazu gehört die Gemeinsamkeit aller -, das ist das Duale System. Dieses System ist seit seiner Einführung ein umstrittenes abfallwirtschaftliches Instrument.

Der vorläufige Kollaps konnte durch erhebliche Anstrengungen aller vom System betroffenen Gruppen vorläufig abgewendet werden. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf des Bundesumweltministers, damit Konzepte entwickelt werden, die sowohl bestehende Verwertungsverfahren als auch neue Technologien zum Gegenstand haben.

(D)

Eine zukunftsweisende Strategie muß aber jetzt die Innovationsfähigkeit und die Innovationsbereitschaft der Gesellschaft insgesamt steigern. Die Strategie muß darauf abzielen, die wirtschaftliche Innovationskraft zu stärken, um Wettbewerbschancen zu verbessern, die ökologische Verträglichkeit zu erhöhen und eine höhere Effizienz bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen zu erreichen, um damit einen gesellschaftlichen Konsens für die Umweltvorsorge und die Risikoabwägung zu erzielen.

Wirtschaftliche Krisen können kein Argument sein, den Prozeß der gesellschaftlichen Modernisierung zu stoppen. Krisen sind teilweise Ausdruck unterbliebener Innovationen in der Vergangenheit. Deshalb müssen wir erreichen, daß die Bereitschaft zur Veränderung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen größer wird. Das kann nicht gelingen, wenn die Diskussion lediglich an Belastungen festgemacht wird. Sie muß Chancen aufzeigen und sie durchsetzen.

(Jankowski [SPD])

(A)

Aus ökologischer Sicht brauchen wir deshalb einen konsequenten ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und eine darauf bezogene ökologische Gesellschaftspolitik. Das heißt:

1. Die Umweltgesetzgebung muß sich noch stärker als bisher vom Vorsorge- und Verursacher-Prinzip leiten lassen.
2. Produktion und Konsum müssen sich soweit wie möglich am Ziel der Kreislaufwirtschaft orientieren.
3. Der Verbrauch von Energie muß durch ökologische Instrumente, wie zum Beispiel eine Energiesteuer, drastisch verringert werden.
4. Unternehmerischer Initiative und Verantwortung muß Raum gegeben werden, um ökologisch und ökonomisch sinnvolle Entscheidungen in eigener Verantwortung zu ermöglichen.
5. Selbstverständlich muß aber diese verstärkte Eigenverantwortung und Haftungsregel ergänzt und mit Informationspflichten verbunden werden. Das tut nun der Umweltminister, er bemüht sich darum. Deshalb wird er ja angeklagt, daß er 3 Millionen für angeblich unsinnige Kampagnen ausgeben möchte.

(B)

Dabei darf aber über den Stellenwert des Umweltschutzes kein Zweifel aufkommen. Umweltschutz muß in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft ein selbstverständliches Strukturelement sein. Der Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind nicht nur ethisches Gebot, sondern auch unerläßliche Grundlage einer dynamischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie bildet den Rahmen der sogenannten dauerhaften Entwicklung, die angesichts der weltweit bedrohten Lebensbedingungen das Bewußtsein und das Verhalten zunehmend bestimmen muß.

Es wäre kurzsichtig, ja fatal, Umweltschutz angesichts konjunktureller und struktureller Einbrüche und der damit verbundenen fehlenden Finanzierungsspielräume zur Disposition zu stellen. Ökologische Schäden müßten dann später mit zusätzlichem Kostenaufwand repariert werden, denn ignoriert werden können

derartige Schäden auf Dauer nicht. Die Staaten in Osteuropa, die das für eine gewisse Zeit versucht haben, sind schließlich nicht zuletzt auch daran gescheitert.

Umweltpolitik muß allerdings langfristig verläßlich und vorhersehbar werden. Wir verfolgen in Nordrhein-Westfalen eine Neuorientierung der Umweltpolitik und der Umweltverwaltung, die diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt, überflüssigen Verwaltungsaufwand abbaut, unternehmerische Entscheidungsbereiche erweitert und das Projekt-Management der Umweltverwaltung wesentlich verbessern soll.

Dabei ist insbesondere darüber nachzudenken, inwieweit ordnungsrechtliche Regelungen durch den stärkeren Einsatz ökonomischer Instrumente ersetzt oder gefördert werden können, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu belasten.

Wenn Wirtschaft und Gesellschaft in zunehmendem Maße lernen sollen, in Kreisläufen zu denken, müssen wir dazu kommen, mit weniger bürokratischen und gesetzlichen Reglementierungen, mit einer Neuverteilung von Verantwortung zwischen Produzenten und überwachenden Verwaltungen, mit ökologisch ehrlichen Preisen und einer ökologischen Steuerreform Ökologie und Ökonomie der Entwicklungen zu fördern.

(C)

(D)

Dazu gehört auch die Forderung, die bestehenden Landesentwicklungspläne in einem einheitlichen Entwicklungsplan zusammenzufassen, um eine größere Sicherheit zu gewährleisten. Wir wollen im Rahmen der weiteren Modernisierung den Industriestandort Nordrhein-Westfalen sichern. Das ist ökonomisch wie ökologisch erforderlich. Diese Sicherung des Standortes erfordert von allen qualitativ hochstehende ökologisch verträgliche Produktionsformen und Produkte.

In dieser Modernisierung stecken erhebliche Chancen für die strukturelle Stärkung des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen, die letztlich die soziale Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens ausmachen und garantieren.

Jetzt appelliere ich einmal im Sinne dessen, was Frau Dr. Schräps gesagt hat: Nutzen wir diese Chancen,

(A) Jankowski [SPD]

auch bei knappen finanziellen Mitteln. - Ich darf mich herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebel: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kuhl.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So ganz verstehe ich die Welt nun nicht mehr: Gerade hat der Kollege Jankowski von dem "verkehrten" Umweltminister gesprochen, obwohl der gerade noch einmal in der Ausschusssitzung am 20. Oktober bei der Einbringung seines Haushaltes die Feststellung getroffen hat, daß er die Umweltpolitik neu definieren will. Er hat da ausgeführt, daß die Umweltpolitik der 90er Jahre im Zeichen praktischer Reformen und neuer Flexibilität stehen wird.

Tatsächlich, das ist ja völlig richtig, denn die Aufgaben im Umweltschutz haben sich verändert. Hinzu kommt allerdings die enorme Staatsverschuldung. Diese scheint es nun notwendig werden zu lassen, daß sich der Staat endlich fragt, ob er die Aufgaben, die er bisher wahrgenommen hat, noch bewältigen kann oder ob man die nicht an anderer Stelle durchführen kann. Hier scheint es für mich so, daß nicht die Einsicht ein solches bewirkt hat. Hier ist schlichtweg aus der Not eine Tugend gemacht worden.

In der Vergangenheit, meine Damen und Herren, haben wir, wie ich glaube und wie uns auch von anderen bestätigt wurde, gute und konstruktive Vorschläge nicht nur während der Haushaltsberatungen gemacht. Nur, während der Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren sind diese Vorschläge alle in Bulldozer-Manier niedergemacht worden. Das hat mit dazu geführt, daß wir in diesem Jahr keine Einzelanträge mehr gestellt haben. Mein Kollege Wickel hat dazu an anderer Stelle Ausführungen gemacht, deshalb will ich mir das hier ersparen.

Wir haben allerdings immer wieder davor gewarnt, die Staatsverschuldung und die Staatsquote so voranzutreiben, wie es hier in Nordrhein-Westfalen

geschieht. Wir haben immer wieder die Forderung erhoben, den Staat schlanker zu gestalten. Doch auch diese Forderungen sind lange Zeit von Ihnen nicht aufgenommen worden.

Insofern haben Sie, Herr Kollege Matthiesen, die Zeichen praktischer Reformen und neuer Flexibilität zwar erkannt, doch hätte das, wenn man unsere Vorschläge frühzeitig mit einbezogen hätte, wesentlich früher geschehen können. Erst jetzt, wo Sie erkennen, daß im Lande und in den Kommunen nichts mehr geht, was den finanziellen Spielraum anbetrifft, greifen Sie eine ganze Reihe unserer Vorschläge auf.

Lassen Sie mich das an ein paar Beispielen deutlich machen. Sie lassen jetzt, wie wir es gefordert haben, die Standards im Lande überprüfen. Sie konzentrieren und straffen, wie wir es immer gefordert haben, die Umweltverwaltung. Sie versuchen, Aufgaben, die die Verwaltungen übernommen haben, jetzt auf Dritte zu verlagern, die Eigenverantwortung von Betrieben und Betreibern endlich zu stärken, weil ja auch dies zur Regelungsfülle beigetragen hat.

Aber all das können Sie, insbesondere was die Privatisierung öffentlicher Aufgaben angeht, in unseren Anträgen nachlesen, zum Beispiel im Antrag "Maßnahmen zur Privatisierung öffentlicher Leistungen" Drucksache 10/1011 vom 22.05.1986. Das sind jetzt über sieben Jahre her, seit wir die Landesregierung seinerzeit um eine Überprüfung gebeten haben, ob und in welchem Umfang sich bisher überwiegend öffentlich-rechtlich ausgeübte Aufgaben für eine Übertragung an private Unternehmen und an die Angehörigen freier Berufe eignen.

Wir hatten seinerzeit eine ganze Palette von Privatisierungsmaßnahmen aufgeführt, die von der Bauleit- und Bauplanung über Straßen- und Wasserbau, Vermessungswesen über den Umweltbereich speziell bei Immissionsmessungen gingen bis hin zur Prüfung von Wasserversorgungs- und -entsorgungsanlagen, Prüfung und Untersuchung von Boden- und Trinkwasser, Leistungs- und Pflegemaßnahmen im Naturschutzgebiet, um nur einige aufzuzählen. Man könnte diese Palette allerdings erheblich fortsetzen; das will ich an dieser Stelle nicht tun.

(C)

(D)

(Kuhl [F.D.P.])

(A)

Die Landesregierung hat diese Anregungen damals nicht aufgenommen. Wir haben dann am 25.05.1992 noch einmal einen Antrag gestellt, ebenfalls unter dem Oberbegriff "Privatisierung öffentlicher Leistungen".

Meine Damen und Herren! Eine der wichtigsten und wesentlichsten Forderungen aus diesem Bereich ist nach wie vor - das gilt heute wie vor sieben Jahren - die mit der Privatisierung einhergehende Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Hier muß im Grunde genommen in vielen Bereichen der Schlüssel eingesteckt werden; denn wenn wir zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren kommen, werden wir auch dadurch enorme Kosten sparen können.

Aber jetzt kündigt Minister Matthiesen Reformen an, verspricht Flexibilität; Aufgaben werden in der Tat auf Dritte verlagert.

(Minister Matthiesen: Er macht es auch!)

- Ja, aber viel zu spät. Das will ich Ihnen auch noch einmal deutlich machen; denn dazu dient ja eine solche Debatte auch. Ich will Ihnen vielleicht an dieser Stelle einmal sagen. Wir denken gern noch ein bißchen für Sie vor und machen das dann demnächst in der Ausführung selbst.

(B)

Insofern konzidiere ich aber, daß Sie das tun; nur wollte ich an dieser Stelle heute noch einmal dokumentieren, daß Sie das viel früher hätten tun können, wenn Sie früher auf uns gehört hätten.

"Regelungswut" oder "Regulariendschunzel" ist das nächste Stichwort. Damit will ich zu dem überleiten, was Sie heute "ökologische Abfallwirtschaft" nennen. Erst wird ein Landesabfallgesetz unter ökologischen Aspekten novelliert. Laut diesem Gesetz sollen dann Kommunen Abfallwirtschaftskonzepte erstellen und eine differenzierte ökologische Gebührenstaffelung vornehmen. Das Gesetz hätte dann Ende 1993 auf dem Tisch liegen müssen, hätte fertig sein müssen.

Ich darf in diesem Zusammenhang einmal aus dem Haushalt 1993 zitieren; dort steht:

(C)

Mit dem Aufklärungsprogramm "Ökologische Abfallwirtschaft" hat die Landesregierung eine Fülle von Beispielen und Handlungsansätzen für öffentliche Verwaltung und Bürger und Wirtschaft auf den Weg gebracht. In Dialogen mit den betroffenen Bereichen, in Aufbereitung betriebs- und branchenbezogener Konzepte für eine ökologische Abfallwirtschaft, mit Aktionen bei Großveranstaltungen und durch allgemeine medienbezogene Ansprache der Bürger wird die breit angelegte Offensive zur Aufklärung fortgesetzt, die unter Nutzung der Erfahrungen der Kampagne 1990 bis 1993 auch weiterhin das Ziel der Verhaltensänderung verfolgt.

Nur, was ist denn daraus geschehen? Das Ganze hat über 5 Millionen DM gekostet, und das Ergebnis ist doch in der Tat ablesbar: Es hat nichts gebracht, insbesondere auch bei den Kommunen, die hier seinerzeit in einer epischen Breite angeführt worden sind, hat dies nichts gebracht. Den Beweis dafür haben Sie letztendlich selber vorgelegt, indem Sie jetzt das gerade verabschiedete Landesabfallgesetz wiederum novelliert haben, weil Sie festgestellt haben: Die Kommunen haben trotz dieser riesigen Aufklärungskampagne, die Sie gefahren haben, das Ziel nicht erreicht. Sie müssen jetzt zwangsweise den Kommunen mehr Zeit geben, noch einmal zwei Jahre Zeit geben, um dann das von Ihnen angeblich seit 1990 angestrebte Ziel endlich zu erreichen.

(D)

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Seltsame Logik!)

Damit stellen Sie sich selber das Armutszeugnis aus.

Und was machen Sie jetzt, für den nächsten Haushalt? Sie buttern wieder 3,3 Millionen DM in Aufklärungskampagnen oder, wie es im Titel so schön heißt:

Für das Aufklärungsprogramm "Ökologische Abfallwirtschaft" sind 1994 3,3 Millionen DM etatisiert.

Dann sind Sie inzwischen bei fast 9 Millionen DM angelangt und müssen sich sagen lassen: Gebracht hat das alles nichts! Die Müllflut haben wir nach wie vor in unseren Städten. Der Bürger zahlt immer mehr für immer weniger Abfall; das hat Frau Kollegin Schräps ja auch gerade schon einmal deutlich gemacht.

(Kuhl [F.D.P.]

(A)

Deshalb, so denke ich, war es nach wie vor richtig, daß wir dieses Landesabfallgesetz seinerzeit abgelehnt haben; denn das Geld der Steuerzahler - das will ich an dieser Stelle deutlich festhalten - dient wie bisher der Selbstdarstellung des Umweltministers, frei nach dem Motto: "Ich tue zwar nichts, aber darüber rede ich wenigstens."

Nächster Punkt: Altlasten. Auch hier hat die Landesregierung trotz aller Broschüren, die sie dazu herausgegeben hat, bisher kein schlüssiges Konzept vorgelegt, wie sie denn den Altlastenberg abbauen will. Noch immer schlummern über 17 000 altlastenverdächtige Flächen in Nordrhein-Westfalen, von denen bisher lediglich rund 10 % untersucht worden sind. Hierfür sind im Einzelplan 10 3,7 Millionen DM vorgesehen.

Ich brauche Ihnen wohl nicht im einzelnen zu erklären, was es bedeutet, mit diesem Geld tatsächlich Altlasten zu sanieren. Lassen Sie das vielleicht einmal bei zehn Flächen geschehen; dann ist dieses Geld bereits weg.

Da komme ich zurück auf die 3,3 Millionen DM. Warum stecken Sie die nicht zusätzlich dort hinein? Dann hätten Sie unter dem Strich 7 Millionen DM, und damit könnten Sie 20 oder 25 Flächen gründlich und vernünftig sanieren, insbesondere solche, die einer starken Sanierung bedürfen. Ich gebe zu, es gibt auch Flächen, bei denen das preiswerter ist.

(B)

Ich denke, das alles muß man insgesamt im Kopf behalten. Deshalb wollte ich an dieser Stelle verdeutlichen, daß es in der Tat längst Zeit ist. Wir werden Ihnen auch im nächsten Jahr die Forderung nicht ersparen, mehr Aufgaben als bisher auf Dritte zu verlagern, das heißt den Staat hier erheblich zu entlasten und die Aufgaben effizienter als bisher zu erfüllen.

Sie hätten die Zeichen der Zeit früher erkennen müssen. Ich wiederhole: Wir werden Ihnen bis 1995 noch helfen, dann werden wir, so denke ich - Herr Matthiesen, Sie lächeln so schön -, mit Hilfe des Wählers

diese Arbeit in eigener Verantwortung fortsetzen können. - Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Henning [SPD]: Da steht ihnen das Wasser bis zum Hals, und er spuckt solche Töne!)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Kuhl. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mai das Wort.

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute ja nicht nur Gelegenheit, die Bilanz der Umweltpolitik der Landesregierung bezogen auf das vergangene Jahr zu ziehen, sondern vielleicht auch die Ökobilanz des zuständigen Ministers nach zehn Amtsjahren aufzumachen und vor diesem Hintergrund auch nach den Perspektiven für morgen zu fragen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Nicht nur wir GRÜNEN haben das getan, wie Sie vielleicht gelesen haben, auch der Minister hat eine Bilanz zusammenstellen lassen. Diese schwelgt, wie wir das gewöhnt sind, in höchsten Tönen. Dabei hat er doch allerhand Grund, jetzt leise Töne anzustimmen, ist doch von seinem sorgsam aufgebauten Ruf als zupackender Umweltminister in einem Industrieland nicht mehr allzu viel übriggeblieben.

(D)

(Abgeordneter Henning [SPD]: Quatsch!)

Zukunftsträchtige Umwelt- und Wirtschaftspolitik wird heutzutage eher von den Herren Lahl, der ja aus Nordrhein-Westfalen stammt, oder Fücks gemacht,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Der verbrennt Plastik! - Gegenruf des Ministers Matthiesen: Sehr richtig!)

die sich beizeiten zum Beispiel um die Umweltfolgen aus der Stahlproduktion gekümmert haben - im Gegensatz zu Ihnen, Herr Minister, im Stahl-land Nordrhein-Westfalen.

(Mai [GRÜNE])

(A)

Dieser Minister muß doch zum Jagen getragen werden. Er ist immer erst aktiv geworden, nachdem sich die Bürgerinitiativen - in Duisburg in Sachen Berzelius oder Kupferhütte oder in Sachen Hoesch in Dortmund - massiv zu Wort gemeldet haben. Erst dann hat er begonnen zu messen, später hat er den Bürgern und den Bürgerinnen Werte mitteilen lassen, und viel zu spät hat er, wenn überhaupt, gehandelt.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Was sagen Sie zur Plastikverbrennung in Stahlwerken?)

- Darüber können wir auch noch diskutieren.

Deshalb ist die Forderung richtig, daß alle Umwelt-daten - sprich: nicht nur die Immissionen, sondern auch die Emissionen, das was aus dem Schornstein herauskommt, und die dazugehörenden Emittenten - öffentlich zugänglich werden. Die Erfahrung mit der Großanlagenfeuerungs-Verordnung zeigt doch, daß dies nur gegen Widerstände und gegen die Argumente, die wir auch heute wieder hören - zu teuer, kostet Arbeitsplätze, verursacht Wettbewerbsnachteile, schädigt den Standort Deutschland; die haben wir früher alle gehört -, durchgesetzt werden konnte. Dies war auch nur möglich, weil die Emissionen, die das Waldsterben und den Krupphusten verursachten, bekannt waren und weil die dazugehörigen Verursacher, die Energieversorgungsunternehmen, bekannt waren und mit ihren Emissionen aus den Großkraftwerken identifiziert werden konnten.

(B)

Dadurch und durch die breite öffentliche Diskussion in den Medien darüber und über die Abhilfemaßnahmen konnte bundesweit eine erhebliche Reduktion bei den klassischen Schadstoffen und bei den Reizgasen erzielt werden. Und das, obwohl das Bundesland Nordrhein-Westfalen im Bundesrat ständig den Bremsers spielte - eine Rolle, die Nordrhein-Westfalen auch heute immer wieder übernimmt, etwa bei der Verpackungsverordnung, der TA Siedlungsabfall oder den umweltpolitischen Beschleunigungsgesetzen.

Hier verteidigt nicht Umweltminister Matthiesen die Umweltstandards und die Bürgerbeteiligungsrechte, die die Umweltbewegung in den letzten zehn Jahren erkämpft hat, sondern es sind eher die Umweltminister Joschka Fischer und Frau Griefahn oder auch Michael Müller von der SPD-Bundestagsfraktion.

(C)

Die wahre Bilanz des "Meisters der guten Nachricht", wie der Bonner "General-Anzeiger" den Minister betitelte, fällt negativ aus. Dazu brauche ich gar nicht auf die Themen Garzweiler II oder Giftmüllexport einzugehen, da reicht es, wenn ich den Unterschied zwischen den großspurigen Ankündigungen und PR-Texten der Landesregierung und des Ministers und dem tatsächlichen Handeln an einigen Beispielen aufzeige.

Beispiel Abfallpolitik - Herr Kuhl ist schon darauf eingegangen -: Herr Matthiesen propagiert in Pressemitteilungen 15 % Abfallvermeidung. Real aber müssen die Gemeinden auf Anweisung des Ministers ihre Entsorgungsanlagen auf ein 15 %iges Müllwachstum einrichten.

Zweitens: Im Landesabfallgesetz sind zwar ökologisch gestaffelte Abfallgebühren vorgesehen worden - seinerzeit auf Vorschlag der Landesregierung -, die Rücknahme dieser Regelung ist aber bereits von Herrn Matthiesen eingeleitet und im Landtag auch schon beschlossen worden.

Drittes Beispiel: Den Betrieben des Landes wurde - öffentlichkeitswirksam - die Erstellung von innerbetrieblichen Abfallbilanzen und Abfallwirtschaftskonzepten verordnet. Wenn Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Verbände vor Ort jedoch danach fragen, meldet die Aufsichtsbehörde: Fehlanzeige. Bilanzen und Konzepte liegen nicht vor.

(D)

Viertens: Matthiesen hat sich dogmatisch auf die Technologie der Müllverbrennung festgelegt. Mehr als 20 neue Öfen will er in Nordrhein-Westfalen errichtet sehen. Unsere Nachbarländer zeigen: Alternativen wie biologisch-mechanische Müllbehandlungsanlagen sind möglich. In Nordrhein-Westfalen haben diese alternativen Verfahren aber überhaupt keine Chance.

Fünftens: Nordrhein-Westfalen ist Europas Spitzenreiter in der Sondermüllproduktion. Statt Giftmüllvermeidung werden immer mehr Verbrennungsöfen und Deponien gebaut,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wir können es auch nach Bremen exportieren!)

(Mai [GRÜNE])

(A)

und es werden Überkapazitäten errichtet. Alle anderen Bundesländer sind dabei, ihre Abfallverminderungspotentiale zu mobilisieren. Wenn Sie die Konzepte nachlesen, werden Sie feststellen, daß es Reduktionspotentiale sind. Danach wird sich auch die Entsorgungsbranche richten, und danach werden die Entsorgungsanlagen ausgerichtet. Herr Matthiesen rechnet mit einem durchschnittlich 20 %igen Wachstum im Sonderabfallbereich. Dementsprechend werden, so ist die Planung immer noch, vier Sondermüllverbrennungsanlagen und zahlreiche Deponien in Nordrhein-Westfalen geplant.

Was muß geschehen? Wir fordern und haben mit unserer Novelle zum Landesabfallgesetz die Einführung einer flächendeckenden Kompostierung gefordert, wie es in unseren Nachbarländern die Regel ist. Herr Matthiesen hat das mit Bezug auf die Notwendigkeit der Errichtung der Müllverbrennungsanlagen ausdrücklich abgelehnt, übrigens auch gegen den Wunsch der CDU hier im Hause. Wir wollen die Öffnung auch für die Restabfallbehandlung durch biologisch-mechanische Behandlung, also nicht die Einseitigkeit der sogenannten thermischen Verwertung festschreiben.

(B)

Wir wollen endlich auch die Einführung einer Abfallabgabe auf Gewerbe- und Sonderabfälle als ein marktwirtschaftlich orientiertes Lenkungsinstrument zur Abfallvermeidung. Da steht Nordrhein-Westfalen in der letzten Reihe. Es hat angefangen in Baden-Württemberg - ich habe das schon öfter hier erzählt - unter einer CDU-geführten Regierung, dann war Hessen an der Reihe, Niedersachsen, mittlerweile hat Bremen eins eingeführt. Wir haben gehört, daß die Abfallabgabe, die auf Bundesebene geplant war, die ja immer das Argument war, warum wir das in Nordrhein-Westfalen nicht machen wollen, vom Tisch ist. Es wird sie in dieser Legislaturperiode nicht geben. Von daher ist es richtig, diese Abfallabgabe auf Länderebene umzusetzen. Gerade in einem Land, das genauso viel Sondermüll produziert wie alle anderen westlichen Bundesländer zusammen, ist das ein sehr effizientes Instrument, das man umgehend hier umsetzen sollte.

Wir wollen die Einrichtung landesweiter Abfallberatungsagenturen, die aus diesen Mitteln einer Abfall-

abgabe auch finanziert und angestoßen werden können und sich letztendlich auch selbst finanzieren können.

(C)

Wir wollen letzten Endes die Veröffentlichung der Abfallbilanzen von Betrieben, damit die Bürger und Bürgerinnen vor Ort sehen können: Was wird in diesem Betrieb an Abfall produziert, was geht raus? Ich denke, die Unternehmen werden sehr sorgsam auf ihr Umweltimage achten. Dieses Instrument ist weit aus effizienter als jede Rechtsverordnung aus dem Hause Matthiesen, die letztendlich doch nicht umgesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Wasser: Wir kommen ja noch in einer der nächsten Sitzungen auf die Antwort auf die Große Anfrage der CDU zur Wasserproblematik zu sprechen. Tatsache ist, daß wir uns in Nordrhein-Westfalen auch das Wasser abgraben. Immer weniger Grundwasser kann sich in Nordrhein-Westfalen neu bilden. Schuld sind große Grundwasserabsenkungen, steigender Verbrauch an Kühlwasser durch Großkraftwerke und die chemische Industrie und eine fehlende Regenwasserversickerung zum Beispiel durch großflächige Bodenversiegelungen. Wir haben in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion auch gesehen, daß Herr Matthiesen Wassersparen für überhaupt nicht nötig hält, denn wir haben in Nordrhein-Westfalen angeblich genug Wasser.

(D)

Aber Tatsache ist erstens, daß sich zum Beispiel im Bereich des Großen Erftverbandes am Mittel- und am Niederrhein ein Defizit von über 300 Millionen Kubikmeter Grundwasser gebildet hat, ein Grundwasserneubuildungsdefizit von 20 % unter dem langjährigen Mittel.

Zweitens. Die Sulfat-, Nitrat- und Pestizidbelastung im Grundwasser und im Uferfiltratwasser sowie in den Flüssen und Seen des Landes nimmt zu. In jedem dritten Trinkwasserbrunnen Nordrhein-Westfalens wurden Pflanzenschutzmittel nachgewiesen. Herr Matthiesen, Sie können es nachlesen, wir haben es ja dokumentiert.

Die Schadstoffbelastung des Rheins nimmt nicht mehr ab, sie stagniert, und bestimmte Werte steigen sogar. Zunehmend ist auch die Schadstoffbelastung in den

(Mai [GRÜNE])

(A)

Klärschlämmen, die nicht mehr verwertet werden können, nicht mehr in den Kreislauf zurückgeführt werden können. Sie müssen in neuen Anlagen verbrannt werden oder, wie es Nordrhein-Westfalen auch macht, exportiert werden.

Was muß in diesem Feld geschehen? Wir wollen auch die Einführung einer Grundwasserentnahmeabgabe, wie sie zahlreiche - ich glaube mittlerweile acht - Bundesländer eingeführt haben. Das ist auch ein marktwirtschaftlich orientiertes Instrument, also nicht ein Instrument, das sofort mit ordnungsrechtlichen Mitteln arbeitet, das auch nicht so einen großen Kontrollapparat aufbaut, wie Sie ihn immer kritisieren. Der wäre bei der Anwendung solcher Instrumente auch nicht nötig.

Versuchen Sie doch einmal, mit einem dieser Instrumente zu beginnen, entweder mit der Abfallabgabe oder mit der Grundwasserentnahmeabgabe, deren Mittel dann zur Grundwasserschonung eingesetzt werden können. Das sind Instrumente, die nicht neu sind, die es in anderen Bundesländern gibt, zu denen es Erfahrungsberichte gibt und bei denen sich die Effektivität schon gezeigt hat.

(B)

Wir wollen im Wasserschutzbereich weiteres tun. Wir wollen, daß Abwassereinleitungskontrollen verbessert werden, um an den Ursachen der Wasserverschmutzung anzusetzen. Wir wollen, daß das Land Hilfe bei Planung und Bau von Anlagen zur Grundwasserschonung gewährt. Wir wollen die Anwendung von Pestiziden in privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen gesetzlich verbieten. Bei all diesen Maßnahmen zur Grundwasserschonung wären Finanzmittel aus dem Aufkommen einer Grundwasserentnahmeabgabe bereitzustellen.

Letztendlich noch das Thema Klima und Luft: Hier tönt der Minister in Abständen von drei Monaten immer mit den Ergebnissen, die eigentlich aus der Umsetzung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu folgern sind, mit der Nachrüstung von Industrieanlagen durch Filter und Katalysatoren. Hier wird aber nur das vollzogen, was Recht und Gesetz ist. Tatsache ist, daß es einen Stillstand in der Luftreinhaltepolitik gibt.

(C)

Nordrhein-Westfalen ist auch Europas Spitzenreiter in der Produktion von CO₂. Diesen Bereich hat der Umweltminister an den Wirtschaftsminister abgegeben. Dementsprechend ist auch das Ergebnis in der Klimadiskussion: daß hier keine Fortschritte zu erzielen sind.

Nordrhein-Westfalen setzt weiterhin auf Großkraftwerke statt auf erneuerbare Energien. Das NRW-Förderprogramm für rationelle Energienutzung wurde gestoppt, und der Umweltminister macht Auflagen zum Bau von Anlagen zur Windkraftnutzung und verhindert diese.

Meine Damen und Herren, wenn man sich diese Bilanz einmal in Gänze vor Augen führt, sieht man, daß hier nicht nur der Abbau von Umweltstandards und von Beteiligungsrechten für Bürger und Bürgerinnen in diesem Lande von diesem Minister vorangetrieben wird, ja bundesweit Hand in Hand mit dem Bundesumweltminister Töpfer vorangetrieben werden. Es fehlen auch Innovationen für die 90er Jahre, für den Blick auf das Jahr 2000 in der Umweltpolitik. Ich weiß nicht, worin es begründet ist, ob dieser Minister amtsmüde ist oder welche anderen Probleme er hat. Jedenfalls zeigt auch dieser Haushalt wieder, daß hier keine Fortschritte zu verzeichnen sind. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf dem Herrn Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Raumordnung Matthiesen das Wort erteilen.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe sorgsam zugehört, aber nicht entdecken können, daß eine einzige Alternative

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Die sind vorgelegt worden!)

in den Reden der Oppositionsvertreter gewesen ist, die die Landesregierung herausfordern müßte oder über die es sich lohnen würde, konzeptionell nachzudenken.

(Minister Matthiesen)

(A)

Wenn Sie, Frau Dr. Schraps, sagen, Nordrhein-Westfalen habe keinen Spitzenplatz in der Umwelttechnologie, dann, glaube ich, sprechen wir von zwei verschiedenen Ländern. Mittlerweile mußte sich auch bis in die CDU-Fraktion hinein herumgesprochen haben, daß weltweit anerkannt wird: Nordrhein-Westfalen verbindet sich vor allem heute auch mit Spitzentechnologie aus dem Bereich des Umweltschutzes.

(Beifall bei der SPD)

Daß wir diese führende Position erreicht haben, ist in erster Linie ein Verdienst innovativer Unternehmen,

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: In zweiter Linie auch!)

in zweiter Linie ein Verdienst von Innovation im Bereich Forschung und Entwicklung und drittens sicherlich auch ein Verdienst von ökologisch orientierten Umrüstungsprogrammen,

(Beifall bei der SPD)

die zusätzlich, auch durch öffentliche Nachfrage, Produktion und Vertrieb solcher Technologien überhaupt erst ermöglicht haben.

(B)

Frau Dr. Schraps, Sie müssen lange in der Welt herumreisen, um ein Industriezentrum dieser Größenordnung und Art, wie es Nordrhein-Westfalen im internationalen Vergleich darstellt, mit dieser ökologischen Güte und Qualität zu finden.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr lange!)

Wir machen das bewußt erstens aus dem Grunde, weil Umweltschutz an sich notwendig ist, zweitens deshalb, weil wir davon überzeugt sind, daß im Zusammenhang mit einer attraktiven Strukturpolitik die ökologische Qualität zukünftig mit über die Standorte und damit über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Industrielandes entscheidet.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Konzept werden wir weiterhin konsequent durchsetzen - übrigens mit Instrumenten, Frau Dr. Schraps, die sich bewährt haben und im Gegen-

satz zu Ihnen nicht zu kritisieren sind. Sie sprechen in diesem Zusammenhang vom sogenannten - -

(C)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] geht zu einem der hinteren Abgeordnetenplätze.)

- Herr Vesper, ich wollte nur vorbeugen: Laufen Sie bitte nicht weg! Es wäre schade, ich wollte mich Ihnen speziell gleich noch zuwenden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr gern!)

Da ich weiß, daß Sie an solchen Dingen auch lustvoll beteiligt sind, wollte ich Ihnen die Chance nicht entgehen lassen. Einverstanden?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Einverstanden.)

Also, Frau Dr. Schraps spricht vom sogenannten "kranken Lizenzmodell". Was meinen Sie denn damit? Ist ein Lizenzmodell unter dem Gesichtspunkt ökologisch-ökonomischer Innovation ordnungspolitisch dann für Sie ein Erfolg, wenn man möglichst viel Geld einnimmt, oder ist ein Lizenzmodell nicht dann ein Erfolg, wenn mit möglichst wenig Geld viel an faktischer Produktionsumstellung erfolgt?

(D)

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordnete Dr. Schraps [CDU]: Stellen Sie das mal auf!)

Das ist doch der Sinn. Da muß ich Ihnen einmal sagen - und das werden wir Anfang des Jahres erleben -, daß Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu dem, was Herrn Mai hier verkündet hat, in den letzten Jahren unglaubliche Erfolge bei der Reduzierung und der Steigerung der Wiederverwertungsquote bei den Sonderabfällen zu verzeichnen hat.

Wir haben mittlerweile im Bereich Industrie- und Sonderabfälle eine Verwertungsquote von fast 70 %. Das ist die mit Abstand höchste in Europa. Wir werden aufgrund sich dramatisch verändernder Abfallzahlen, aufgrund breitflächiger Produktionsumstellungen, die wir auch durch Rahmensetzungen plus Lizenzmodell erreicht haben, dazu kommen, unser Mengengerüst zu überarbeiten. Die Ergebnisse werden Konsequenzen für Art und Anzahl der noch not-

(Minister Matthiesen)

(A)

wendigen Entsorgungsanlagen in Nordrhein-Westfalen haben.

Ich sage Ihnen voraus, daß Nordrhein-Westfalen innerhalb kürzester Zeit das einzige Bundesland sein wird, das mit großem Stolz - im Gegensatz zu anderen Bundesländern - von sich sagen kann: Wir sind autark und können dann ab sofort auf jeden Auslands-
export bei den Sonderabfällen verzichten.

(Zustimmung bei der SPD)

Dies, meine Damen und Herren, wäre dann schon ein großer Schritt nach vorn.

Nun haben Sie immer beklagt, daß mein Haushalt zu dünn sei oder nicht genügend Schwerpunkte habe. Ich will nicht im einzelnen darauf eingehen, nur generell einen Satz sagen: Ein Umweltminister, der viel ausgibt, viel Geld braucht und viel Geld verbraucht, wird in aller Regel das Verursacherprinzip vernachlässigen. Entscheidend ist, daß man bei knappen Kassen mit dem wenigen Geld die richtigen Schwerpunkte setzt, daß man verlässliche Rahmenbedingungen schafft und den Verursacher für die von ihm angerichteten Schäden zahlen läßt,

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

aber nicht Subventionierung oder Schadensbegrenzung oder Schadensreparatur aus öffentlichen Kassen zu Lasten der Steuerzahler. In diesem Sinne bin ich Herrn Jankowski sehr dankbar, weil er genau auf diesen Zusammenhang hingewiesen und von der konzeptionellen Zukunftsarbeit im Umweltschutz gesprochen hat. Er hat recht, wenn er darauf hinweist, daß wir künftig mehr ökonomisch wirksame Instrumente benötigen, plus einer modernen Umweltverwaltung, die wir ja, wie Sie wissen, zum 1. April, wenn das Parlament demnächst so beschließt, auch in Nordrhein-Westfalen haben werden.

Es ist auch zu prüfen - und da hat Herr Kuhl recht -, ob staatliche Verwaltung all das machen muß, was sie jetzt tut. Ich stelle in letzter Zeit interessante Annähe-

rungen auch mit den F.D.P.-Positionen in Einzel-
fragen fest.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Hört, hört!)

Ich stelle fest, daß die F.D.P. wie wir der Meinung ist, man müsse die Frage prüfen, ob man nicht Aufgaben auf Dritte übertragen könne.

(Heiterkeit - Zuruf von der F.D.P.: Umgekehrt! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist eine Flirterei!)

Ich stelle fest, daß die F.D.P. jetzt mit uns der Meinung ist, daß es bei aller Straffung der Verwaltung auch künftig erforderlich ist, das an Ordnungsrecht, was notwendig ist, durchzusetzen, aber gleichzeitig die Frage geprüft werden muß, ob nicht Dinge, die von anderen genauso gut oder teilweise effizienter wahrgenommen werden können, aus der öffentlichen Verwaltung ausgegliedert werden können. Das sind, für mich jedenfalls, interessante Zwischentöne.

Es geht ja darum, meine Damen und Herren, daß wir insgesamt von der Reparatur im Bereich der Umweltpolitik wegkommen und hin zur Vorsorge kommen müssen. Natürlich bedarf es da auch integrierter Umwelttechnologie im Produktionsprozeß, neuer politischer Rahmenbedingungen, neuer Instrumente und neuer Formen der öffentlichen Dienstleistungen. Insofern ist das Konzept, das wir erarbeiten und durchsetzen, die logische Folge des Übergangs von der Phase der Umweltreparatur in die Phase der aktiven Umweltvorsorge.

Herr Mai, außer Kritik haben ich nicht viel an Alternativen gehört. Das wundert mich auch nicht - Herr Vesper, sind Sie noch da? -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ja.)

weil Herr Vesper nämlich folgendes neulich gesagt hat. Das finde ich so schön, daß ich es mir damals schon rot angestrichen habe, um es heute hier vortragen zu können. Überschrift in einer Zeitung:

Vesper will GRÜNE regierungsfähig machen.

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

(A) Das ist an sich ein Satz, über den man gar nicht stolpert. Man stolpert erst dann, wenn man darüber nachdenkt, was er denn damit gemeint hat. Er hat ja damit gemeint, wenn er sagt "müßte regierungsfähig gemacht werden", daß sie es bisher noch nicht sind. Und das, finde ich, ist endlich einmal ein ehrliches Eingeständnis!

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Nun kommt aber Herr Vesper in seiner bekannten Bescheidenheit, die ja schon sprichwörtlich ist,

(Heiterkeit)

gleich dazu, Herr Rohde, und gibt auf derselben Seite die Antwort. Und die Antwort ist dann nicht politisch inhaltlich-konzeptionell, wie man es eigentlich von engagierten GRÜNEN erwarten müßte, sondern die Überschrift lautet: "Michael Vesper bleibt in Düsseldorf!"

(Heiterkeit)

Also das ist es! Das ist nun die Antwort.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Eine überzeugende Antwort!)

(B) Und ich denke, Frau Höhn hat recht, wenn sie in einem anderen Zusammenhang und fast zeitlich parallel - leider ist sie jetzt nicht da - die grüne Profillosigkeit beklagt, ich hätte fast gesagt: bejammert. Sie sagt in einer Pressekonferenz:

Die inhaltlichen Themen der GRÜNEN müßten in den Mittelpunkt kommen. Wir müssen zunächst einmal grünes Profil zeigen.

Ja, recht hat sie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ein Journalist - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir stimmen Ihnen zu!)

(C)

- Paß auf! Na ja, das war jetzt Pflichtbeifall für Frau Höhn, weil ich weiß, daß sie sich ja alles aus dem Protokoll wieder vorlesen läßt, ob da nicht irgendetwas dran wäre.

(Heiterkeit)

Nun kommt eine Diskussion zwischen Journalisten. Und da sagt doch ein anerkannter Landesjournalist zur Frage, ob die GRÜNEN denn nun überhaupt Profil haben und ob es genügend ausgeprägt ist - das habe ich noch nie so gut beschrieben gefunden -: ... Die GRÜNEN sind gar nicht so tannengrün, wie sie meinen. Sie sind auch nicht rot. Das ist mehr ein Zirkusrot, also kein ideologisches Rot, und mit diesen ständigen Spektakel-Veranstaltungen werden sie so auch nicht reüssieren ...".

So, meine Damen und Herren! Und nun sagt Herr Mai: Also, mit diesem Umweltminister müsse man - - Nein! Da gibt es einen richtigen Hofberichterstatte für ihn, der immer solche Riemen abschreibt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Na, na!)

- Ja, das sage ich ganz bewußt an dieser Stelle; ich nehme auch nichts von meinen Worten zurück. - Er sagt: Wir werden das traurige Jubiläum - gemeint ist mein zehnjähriges - zum Anlaß nehmen, um in einer Broschüre diese Art von Politik aufzudecken und eine Bilanz zu ziehen. Und diese Broschüre - ich weiß nicht, ob Sie sie schon kennen - liegt mir hier vor. Und daraus möchte ich zitieren dürfen.

(D)

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Ein Vorabdruck!)

- Nein, nein, ein Vorabdruck nicht; es ist schon original.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber ein schönes Foto von Ihnen!)

- Ja, nun passen Sie auf!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(Minister Matthiesen)

(A)

- Nein, meine Damen und Herren, das möchte ich eben einmal zu Ende bringen.

Da steht auf der ersten Seite - jetzt müssen Sie aufpassen -: Super! Jetzt mit 50 % mehr Inhalt!

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Da sagt man: Donnerwetter! Die Spannung des Lesers steigt; denn er guckt natürlich in den Inhalt, um den Inhalt zu finden. Und was sieht er da ganz groß abgebildet? - Ein Foto von Klaus Matthiesen.

(Heiterkeit bei SPD und F.D.P.)

Also, die Überschrift: Zehn Jahre Umweltpolitik von Minister Matthiesen. - Und dann kommt Matthiesens Bilanz: Novelle des Landesabfallgesetzes - richtig! -, Rahmenkonzept Sonderabfall - richtig! -, Gründung Entsorgungsverband - richtig! Matthiesens Bilanz: Bau von Kläranlagen, Reinigungsstufen, Novellierung des Landeswassergesetzes, Kooperationsverträge zwischen Landwirtschaft und Wasserwerken. Und so geht das weiter. Und am Schluß noch ein großes Bild von mir.

(B)

(Minister Matthiesen hält eine Broschüre hoch.)

Hier rechts!

(Heiterkeit - Abgeordneter Hardt [CDU]: Was haben Sie dafür bezahlt?)

Und da muß ich Ihnen einmal sagen: Ich habe doch damals schon die kleine Broschüre - Sie erinnern sich! - mit den Tomaten und dem Apfel hochgehalten und Sie fast flehentlich gebeten, so etwas nicht noch einmal zu machen.

(Heiterkeit)

Nun machen Sie es noch einmal, und ich sage Ihnen: Ich wünsche Ihnen große Verbreitung.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Warum nicht!)

(C)

Denn was soll mir noch anderes passieren, als daß ich mit meiner Bilanz in Ihrer Zeitschrift abgedruckt werde, und das noch unterlegt mit zwei Fotos?

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: So können Sie Werbemittel sparen! - Heiterkeit)

- Herr Lanfermann, da ist ein bißchen dran.

(Heiterkeit, insbesondere des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.])

So! Nun kommt aber die letzte Seite, die letzte Seite mit Siggie Martsch. Und die ist wegen des innerfraktionellen Austarierens gemacht worden. Damit der fundamentalistische Flügel, nachdem Vesper den Eingangskommentar auf Seite 1 gemacht hat, nicht ganz untergeht, ist dann Siggie Martsch abgedruckt, rustikal im Pullover, Eimer vorher aus dem Fluß geholt.

(Heiterkeit)

Und nun kommt's: Zur falschen Rede zu greifen hat Tradition bei Spitzenpolitikern. Einst griff Helmut Kohl zur Neujahrsrede des letzten Jahres, nun wählte Siggie Martsch in einer Landtagssitzung die Rute statt die Flinte. - Da wird er doch tatsächlich - Siggie, wahrscheinlich zum ersten Mal in Ihrem politischen Leben - mit Kohl verglichen!

(D)

(Heiterkeit)

Das ist eine Nummer, sage ich Ihnen! Das ist eine Nummer!

(Heiterkeit - Beifall bei SPD, F.D.P. und GRÜNEN)

Also, gemeinsame Pressekonferenzen CDU/GRÜNE, Pressekonferenzen zu Nebenkriegsschauplätzen! Ich habe nicht irgendeine Idee oder Konzeption erkannt, die aufhorchen läßt oder herausfordert hätte. Schwarz-grüne Opposition, na ja, nun gut! Die Landesregierung, meine Damen und Herren geht gelassen ins Jahr 1994.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der F.D.P.)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Möchte jemand einen ergänzenden Beitrag leisten? Nein?

(Heiterkeit)

Das ist nicht der Fall. - Dann schließe ich hiermit die Beratung.

Ich habe zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6471 -- Entschuldigen Sie bitte: Erst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache --

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jetzt kommt doch erst Landwirtschaft! - Weitere Zurufe - Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Der Siggie muß noch reden! So geht das nicht!)

- Entschuldigen Sie bitte. Es wäre doch noch ein Redebeitrag notwendig gewesen.

Ich rufe den Bereich

b) Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

auf und erteile als erstem Redner Herr Kollegen Kruse für die Fraktion der CDU das Wort.

(B)

(Abgeordneter Lindlar [CDU]: Der Schultz kriegt schon einen Vorabdruck von Matthiesen!)

Abgeordneter Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein sehr großes Land,

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Zuruf: Jawohl!)

mit annähernd 18 Millionen Einwohnern

(Bravo-Rufe und Beifall bei SPD und F.D.P.)

größer als die skandinavischen Länder zusammen. Es ist ein sehr dichtbesiedeltes Land.

(Beifall und Zurufe von SPD und F.D.P.)

(C)

Es ist sehr stark durch den industriellen Ballungsraum an Rhein und Ruhr geprägt.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Bravo-Rufe)

- Vielen Dank! Wir sind schon ganz gut in Fahrt, nicht wahr?

Überlegen Sie aber einmal, meine Damen und Herren, wie es in unserem Lande aussehen würde ohne die schöne Kulturlandschaft im Münsterland, am Niederrhein, im Sauerland, im Bergischen Land, in Ostwestfalen oder wo auch immer.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: ... und ohne Klaus Matthiesen!)

Es ist dies der Fall, meine Damen und Herren, weil wir in unserem Land nach wie vor eine flächendeckende Landbewirtschaftung haben. Wer hat in den vergangenen Jahrzehnten auf die aufgegebenen Betriebe geachtet? Es wird sehr viel über Kohle, Stahl und Automobilzulieferer gesprochen - mit Recht, sage ich -, aber ich sage auch: Lautlos hat sich kontinuierlich in der gesamten Nachkriegszeit ein starker Strukturwandel in der Landwirtschaft vollzogen, der auch Spuren im ländlichen Bereich, in den Dörfern hinterlassen hat.

(D)

Meine Damen und Herren, die Land- und Forstwirtschaft ist in diesem Lande sehr wichtig und muß auch in diesem Landtag Nordrhein-Westfalen eine stärkere Berücksichtigung finden. Ich hier will einmal beispielhaft das Protokoll über die Anhörung des Unterausschusses Europapolitik anführen, in dem in einer etwa 20-seitigen Zusammenfassung dieser Anhörung der Fragenkatalog des Landwirtschaftsausschusses nur knapp mit einer Fußnote versehen worden ist. Ich meine, dies ist nicht angemessen.

Es geht in Europa und damit auch hier in unserem Land Nordrhein-Westfalen um einheitliche Zulassungsbestimmungen zum Beispiel für Pflanzenschutzmittel und Tierarzneimittel, es geht um gleiche Umweltschutzvorschriften, um den gleichen Gewässerschutz, es geht um den Verbraucherschutz, es geht um den Tierschutz, es geht um Viehtransport und

(Kruise [CDU])

(A)

viele anderen Dinge mehr. Das ist - das will ich auch an dieser Stelle einmal sehr deutlich und nachhaltig kritisieren - hier nicht genügend zur Sprache gekommen.

Nur, Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Pirouette des Jahres hat nicht Katharina Witt in einem Eislaufstadion gedreht, sondern Minister Matthiesen im Januar dieses Jahres.

(Zuruf von der SPD: Doppelter Rittberger!)

Jahrelang hat er - gegen unseren Protest - immer wieder die flächendeckend extensivierte Landwirtschaft mit entsprechender Ausgleichszahlung über direkte Einkommenstransfers durch den Staat gefordert. Im Januar dann kriegte Herr Matthiesen sehr plötzlich und für uns alle überraschend die Kurve und machte den Schwenk zur marktorientierten Landwirtschaft mit entsprechender staatlicher Begleitung.

Nur, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion muß hier leider feststellen, daß diesen großen Worten im Zusammenhang mit dem Etatentwurf für 1994 keine Taten folgten. Ich erinnere daran, daß es in den vergangenen Monaten seitens des Ministers, aber auch seitens der SPD-Fraktion viele große Worte gegeben hat - ich werde gleich einige konkrete Beispiele bringen -, die wir jetzt total vermißt haben. Ich meine, daß hier teilweise sogar die Öffentlichkeit fehlinformiert worden ist, so zum Beispiel beim Naturschutz.

(B)

Wir alle wissen: Naturschutz ist eine Angelegenheit des Landes. Im Mai des Jahres haben Sie, Herr Minister, alle Sondernaturschutzprogramme des Landes gestoppt. Erst nach massivem Protest von Opposition und Naturschutzverbänden haben Sie den Stopp im Juli des Jahres mit dem Argument aufgehoben, der Stopp sei notwendig gewesen, um die Vergaberichtlinien an EG-Richtlinien anzupassen; dann könnten wir hier wieder mehr tun. Sie selbst antworteten auf die Mündliche Anfrage des Kollegen Uhlenberg noch vor wenigen Wochen - Zitat:

Anders als unterstellt zieht sich das Land also nicht aus seiner erfolgreichen Naturschutzpolitik zurück, sondern ab 1994 können durch die erweiterte Mitfinanzierung von EG und Bund bei einer gleichbleibenden Finanzbelastung für das Land

deutlich mehr Verträge abgeschlossen werden als 1993.

(C)

Nur, meine Damen und Herren: dieses Luftschiß ist längst zusammengebrochen. Der Etatentwurf bringt es an den Tag. Naturschutz und Landschaftspflege werden von 84 Millionen DM in 1993 auf 66 Millionen DM im Jahre 1994 zusammengestrichen. Wie blanker Hohn klingen Ihre Erläuterungen zum Etatentwurf - wörtliches Zitat:

Diese seit 1985 neu gestaltete Naturschutzpolitik wird auch in 1994 trotz der deutlichen Kürzung der Haushaltsmittel fortgesetzt werden.

Es ist traurig aber wahr: Naturschützer und Landwirte, die Ihren Äußerungen geglaubt haben und hofften, künftig mehr Pflegeverträge abschließen zu können, sind bitter enttäuscht worden.

Ähnlich ist es beim sogenannten soziostrukturellen Einkommensausgleich. Ich erinnere an das, was ich eingangs am Beispiel der Pirouette dargestellt habe.

(Zustimmung bei der CDU)

Fast genauso wie beim Naturschutz ist der Ablauf auch beim soziostrukturellen Einkommensausgleich. Sie, Herr Matthiesen, haben im März dieses Jahres von diesem Platz aus sehr laut gesagt: "Solange hier die Sozis mit Mehrheit regieren, kriegen die Bauern ihr Geld." Sie haben zwar gesagt, daß Sie eine - wie Sie es bezeichneten - "Gießkannenförderung" ablehnen, haben sich aber stets bereit erklärt, den Landesanteil von 80 Millionen DM für Investitionsfördermaßnahmen den Bauern zugute kommen zu lassen. Das erklärten Sie zum Beispiel am 08.10. im Plenum, auch noch in der vergangenen Woche auf dem Kreisverbandstag des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes in Steinfurt.

(D)

Auch Herr Gorlas hat übrigens für die SPD-Fraktion noch im Oktober von dieser Stelle aus erklärt - Zitat: "Wir fordern schon 1993 direkte Beihilfen im investiven Bereich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe." Und ich frage jetzt: Warum haben Landesregierung und Mehrheitsfraktion bisher weder unserem Antrag zugestimmt, sich am Einkommensausgleich zu beteiligen, noch ein Investitionsförder-

(Kruse [CDU])

- (A) programm in die Wege geleitet, das sie selbst immer wieder als notwendig erklärt haben? Auch hier ist es die bittere Wahrheit: Große Sprüche, nichts dahinter!

(Zustimmung bei der CDU)

In Wirklichkeit, Herr Matthiesen, wollten Sie doch den Bauern das Geld gar nicht zukommen lassen, oder Sie suchen immer wieder nach neuen Ausreden.

Ihre Einsicht, daß es notwendig ist, die investiven Maßnahmen voranzutreiben, scheint leider auch nur vorgetäuscht zu sein. Liest man im Einzelplan 10 nach, so fällt auf, daß die Förderbereiche "Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben" erheblich gekürzt wurden und werden. Die Stärkung der Produktionsbereiche in der Landwirtschaft, die nicht von der EG-Agrarmarktordnung bestimmt sind - ich rede hier von Schweinefleisch und Eiern, von Geflügel, Obst und Gemüse -, wo also der Absatzmarkt und die Verbraucher direkt vor unseren Haustoren angesiedelt sind, ist die wichtigste agrarpolitische Aufgabe in NRW. Gerade hier bedarf es gezielter Investitionen, vor allem, um eine bessere Integration der Produktketten vom Bauern bis zum Verbraucher zu erreichen. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß Marktanteile zurückgewonnen und das Verbrauchervertrauen in heimische Produkte gestärkt wird.

- (B) An dieser Stelle will ich auf die aktuelle Situation betreffend die Schweinepest eingehen. Ich will mich nicht zu diesem Wahnsinn und zu diesem Schwachsinn - ich kann es nicht anders bezeichnen -, der in letzter Zeit, aber auch schon Jahre vorher in Brüssel verzapft worden ist, äußern. Ich denke, daß wir gemeinsam gegen alle Bestrebungen der EG-Kommission angehen müssen, für die offensichtlich nicht die Seuchenbekämpfung, sondern eine knallharte Markteroberungspolitik Kriterium ist, und zwar Markteroberung zugunsten von Holländern, Dänen und Franzosen und zu Lasten unserer Landwirtschaft, zu Lasten des gesamten Verarbeitungsgewerbes, in dem auch sehr viele Arbeitsplätze gefährdet sind, und der Verbraucher in Nordrhein-Westfalen.

Deswegen fordern wir ein regionales Herkunftszeichen. Verbraucher und Landwirte haben gemeinsame Interessen. Negative Meldungen, z. B. über Fleisch, haben in den vergangenen Wochen manche Schlagzei-

len bestimmt. Nur hat es die Falschen getroffen, meine Damen und Herren. Gehen wir den Dingen doch einmal auf den Grund. Wo haben denn "Stern", "Spiegel" und andere Magazine diese negativen Dinge gefunden? - Es war doch vergammeltes Fleisch in Kühltheken, die nicht ordentlich geführt worden sind, bei denen kein entsprechendes Fachpersonal auf die ordnungsgemäße Handhabung geachtet hat. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen. Ich finde, daß zur besseren Behauptung gegenüber der EG-Konkurrenz sowie zum besseren Verbraucherschutz die Einrichtung und Vergabe eines regionalen Herkunfts- und Gütezeichens für Nahrungsmittel beitragen wird.

Dem haben Sie übrigens, Herr Minister Matthiesen, auch ausdrücklich zugestimmt. Sie sagten wörtlich, daß die Landesregierung bereit und willens sei, solche Bemühungen zu unterstützen. Leider ist von dem Versprechen und der Absichtserklärung im Etatentwurf für 1994 nichts zu erkennen. Ihre Kollegen - oder besser: Ihre Genossen - im Fachausschuß scheinen Ihren Worten nicht zugehört zu haben, denn sie haben unseren Antrag im Ausschuß abgelehnt.

Wir müssen für unser Land Nordrhein-Westfalen neue Absatzmöglichkeiten finden und nutzen, z. B. im Bereich nachwachsender Rohstoffe. Dies ist ein sehr bedeutender, in die Zukunft weisender Sektor, ein neuer Politikansatz zur Erhaltung der Umwelt und zur Schonung der Ressourcen, die wir ja nur einmal gebrauchen können. Niemand gibt uns das Recht, in dieser Generation oder in wenigen Generationen die wenigen Ressourcen, die wir haben, einfach zu vergeuden und zu verpulvern.

Dabei denken wir auch an den ökologischen Aspekt, wenn es zum Beispiel um Biomasseverwertung in Kraft-Wärme-Anlagen geht, an den Ersatz von Schmierstoffen auf Erdölbasis durch Schmierstoffe auf Rapsölbasis oder auch an den Ersatz von Kunststoffen durch Mittel auf Stärkebasis. Insofern hat sich die Landesregierung nicht an ihren grundsätzlichen Ansatz erinnert, den auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung 1990 propagiert hat, nämlich die ökologische Erneuerung Nordrhein-Westfalens.

Von dem Bereich "Holz" wollen wir nicht lange reden. Hier hat das Ministerium in diesem Jahr nicht

(Kruse [CDU])

(A)

gut ausgesehen. Es hat sehr viele Pannen und Fehler gegeben. Die Waldwirtschaft geht wirklich am Krückstock. Das ist nicht gut für den Wald in Nordrhein-Westfalen, den wir sehr dringend auch aus übergeordneten Gründen brauchen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung ist eine sehr wichtige landespolitische Aufgabe. Es hat hier in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Mittel für 1993 Irritationen durch die vom Finanzminister erlassene Haushaltssperre gegeben. Wir sind der Meinung, daß es keine Irritationen geben darf. Die Leute im Lande müssen wissen: Für erbrachte Leistungen für das Land muß auch Geld gezahlt werden. Daran führt kein Weg vorbei. - Das scheint jetzt ja ausgeräumt zu werden. Aber es muß eine Lehre für die Zukunft sein.

Die CDU-Fraktion hat einen Antrag, der gleich auch zur Abstimmung gestellt wird, eingereicht, nämlich die Mittel des Ansatzes für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung nicht von 25 auf 21 Millionen DM - richtigerweise muß man sogar sagen: von 30 Millionen DM auf 21 Millionen DM - zu kürzen. Hier haben wir vielmehr eine Erhöhung des Ansatzes auf 25 Millionen DM vorgeschlagen. Es handelt sich um eine landespolitische Aufgabe, die wir nicht nur den Anliegern und den Landbewirtschaftern überlassen können, die sowieso schon durch sehr viele Probleme gebeutelt sind. Ich bitte wirklich um Ihre Zustimmung, denn es ist wirklich berechtigt. Wir haben an anderer Stelle sehr viele Einsparungsvorschläge unterbreitet, damit Sie nicht den Vorwurf machen, wir würden Erhöhungsvorschläge, aber keine Deckungsvorschläge vorlegen. Wir haben genügend Deckungsvorschläge gemacht, die allerdings samt und sonders von der SPD-Fraktion abgelehnt worden sind. Dies bedauern wir sehr. - Ich bedanke mich.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Sieg für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Sieg (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich

(C)

da fortfahren, wo Herr Kollege Kruse aufgehört hat, und zwar bei den Unterhaltungsmitteln für die Gewässer zweiter Ordnung. Für diesen Bereich ist nach unserer Auffassung durch Aufnahme dieser Position in den Haushalt 1993 eine Rechtsgrundlage geschaffen worden, auf deren Basis die Landwirte und die Verbände - Herr Kruse, ich habe Sie so verstanden, daß Sie das hier gerade auch zum Ausdruck haben bringen wollen - für die in diesem Jahr bereits erbrachten Leistungen einen Anspruch darauf haben, daß das dort vorgesehene Geld ausgezahlt wird und ausgezahlt werden muß. Wir meinen, daß diese Rechtsgrundlage eindeutig ist, und ich freue mich, daß Sie das in Ihren Ausführungen eben auch so zweifelsfrei zum Ausdruck gebracht haben.

(Minister Matthiesen: Es wäre gut, wenn Herr Kruse das durch Zwischenruf noch einmal bestätigen würde! Ich habe es nämlich so nicht gehört! - Zuruf von der CDU: Es ist doch so protokolliert worden, Herr Minister! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Vielen Dank für diesen Zwischenruf. Ich glaube, dann sind wir in diesem Punkt einig.

Weil wir gerade bei diesem Punkt sind: Herr Minister, ich hätte an Sie für den Haushaltsvollzug im nächsten Jahr die Bitte zu prüfen, ob man die jetzt bereitzustellenden Mittel - ganz gleich, wie hoch sie auch immer werden - nicht schon zu Mitte des Jahres in erheblich größerem Umfang als bisher den Verbänden zur Verfügung stellen könnte, um haushaltstechnischen Schwierigkeiten zu entgehen.

(D)

Meine Damen und Herren, zu Ihrem Antrag, im kommenden Haushaltsjahr 4 Millionen DM für die Gewässerunterhaltung zweiter Ordnung draufzusatzeln, möchte ich folgendes anmerken: Sie wissen sicherlich, welche Kämpfe und Diskussionen ich zu Hause in dieser Sache schon ausgefochten und bestanden habe. Ich habe sehr viel Verständnis für diesen Antrag und würde es auch gern sehen, wenn man die Mittel anheben könnte.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, mit dem Deckungsvorschlag,

(Sieg [SPD])

(A)

den Sie im Ausschuß unterbreitet haben, keine wirkliche Deckung angeboten. Sie wollen in den Titel greifen, der mit dem Ankauf von Grundstücken durch das Land zu tun hat. Sie wollen dort etwas wegnehmen und hier hinzutun. Wir haben uns im Fachausschuß belehren lassen müssen, daß die dort veranschlagten Haushaltsmittel gerade ausreichen, um die Vorgaben, die auf diesem Gebiet bereits gemacht worden sind, finanziell abdecken zu können, und daß insofern aus diesem Titel keine Deckung zu bekommen ist.

Ich sage noch einmal, daß auch ich hier gern eine Anhebung sähe. Ich sehe im Moment aber keine Deckung. Wir haben ja noch bis zur dritten Lesung Zeit. Vielleicht finden wir bis dahin noch wirkliche Deckung.

Meine Damen und Herren, sollten wir keine Deckung für eine Anhebung finden, wäre zu prüfen, ob nicht bei einer Absenkung Mehrbelastungen für die gebeutelten Bauern und Verbandsmitglieder dadurch verhindert werden könnten, daß man im ökologischen Bereich vielleicht über zwei, drei Jahre streckt. Wir müssen feststellen, daß sich 90 % der Unterhaltungspflichtigen sehr sensibel verhalten und Großes erreicht worden ist. Deshalb meinen wir, Herr Minister, das Haus müßte auf jeden Fall versuchen, mit Kammern und Verbänden neue Richtlinien zu erarbeiten, die diesem Umstand Rechnung tragen, um zu einer Regelung zu kommen, die soweit wie eben möglich Mehrbelastungen vermeidet.

(B)

Meine Damen und Herren, des weiteren wurden eben die Vermarktungsprogramme angesprochen. In diesem Bereich sollen 400 000 DM gestrichen werden. Der Titel enthält immer noch 40 Millionen DM. 40 Millionen DM sind immer noch eine ganz beachtliche Summe, Herr Kruse. Irgendwie müssen wir ja die Groschen zusammenhalten. Das muß auch hier gelten.

Wie erfolgreich wir hier in Nordrhein-Westfalen gewesen sind, zeigt, daß die Holländer, die heute ihre Tomaten nicht mehr absetzen können, weil man weiß, wie sie sie herstellen, ihre Produkte in Kisten mit der Aufschrift "Hergestellt in Nordrhein-Westfalen" verpacken, um sie dann bei uns zu vermarkten. Insofern wäre es sicherlich sinnvoll, über eine Kennzeichnung nachzudenken, aus der man ersehen kann, wo

(C)

die entsprechenden landwirtschaftlichen Produkte hergestellt worden sind.

Dann hatten Sie das Thema "nachwachsende Rohstoffe" angeschnitten. Wir werden uns zukünftig sicherlich gemeinsam mit diesem Problem intensiv auseinanderzusetzen haben; darin sind wir uns ja auch immer einig gewesen. Dafür ist im jetzt zu verabschiedenden Landeshaushalt ein Ansatz von 13 Millionen DM vorgesehen. Wir sind in keiner Weise ideologisch verklemmt, wenn es um dieses Thema geht. Aber bei uns bleibt wie bisher oberster Grundsatz: Hier kann es sich nur um Anschubfinanzierungen handeln, und es muß auf jeden Fall vermieden werden, daß ein neuer Subventionstopf, womöglich als Faß ohne Boden, aufgemacht wird.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Sieg, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Sieg [SPD]: Bitte sehr!)

- Herr Kollege Uhlenberg, bitte schön.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Kollege Sieg, Sie haben gerade von den 13 Millionen DM für nachwachsende Rohstoffe gesprochen. Könnten Sie bitte einmal erklären, in welchen Bereichen diese 13 Millionen DM ausgegeben werden sollen? Nach meinen Informationen und Unterlagen stehen lediglich 3 Millionen DM für Flachs im Haushaltsplan zur Verfügung.

(D)

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Flachs macht der Minister selbst!)

Abgeordneter Sieg (SPD): Herr Kollege, wir können uns über diese Frage im Fachausschuß eingehend unterhalten.

(Zurufe von der CDU)

(Sieg [SPD])

(A)

Ich bin wegen der Kürze der Zeit nicht bereit, jetzt hier darauf einzugehen.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Wir haben Zeit genug!)

Meine Damen und Herren, nachdem wir über diese meines Erachtens wichtigen Themen, insbesondere die Gewässerunterhaltung, diskutiert haben, sollten wir uns aber auch einmal der Situation zuwenden, die wir zu Ende des Jahres 1993 und zu Beginn des Jahres 1994 zu verzeichnen haben. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 120 000 industrielle Arbeitsplätze verloren. 13 000 bis 15 000 gehen Tag für Tag bundesweit dahin. Noch nie - so heißt im vorläufigen Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes -

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Die verdrehen die Zahlen!)

lebten in Westdeutschland so viele Menschen von Sozialhilfe wie heute. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung hat sich im Westen von 1961 bis 1991 mehr als verdoppelt; im Osten lag er 1992 schon bei 4,2 %.

(B)

Es wurde heute schon wiederholt gesagt: Bei einer Staatsverschuldung in einer noch nie dagewesenen astronomischen Höhe klingelt es dann in den Ohren, erinnert man sich an Helmut Kohls lautstarke Bemerkung, nur er und seine Koalition seien imstande, innerhalb von vier bis fünf Jahren die

(Abgeordneter Kruse [CDU]: Kann es sein, daß Sie die falsche Rede haben?)

- nein, nein, Herr Kruse, ich habe die richtige Rede -

(Abgeordneter Kruse [CDU]: Das ist schon einmal passiert vor wenigen Wochen!)

- Sie sollten noch zwei Minuten warten, dann werden Sie erkennen, daß das die richtige Rede ist - verrotte ostdeutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Meine Damen und Herren von der Opposition. Vor diesem dramatischen Hintergrund, der sich uns allen hier darstellt, stellen Sie Anträge, die - das, was ich

(C)

jetzt sage, gilt für die GRÜNEN - entweder nach Utopia gehören oder - das gilt für die CDU - nach dem altbewährten Muster laufen - ich spreche jetzt nicht von dem, was wir eben abgehandelt haben -: Wie können wir der Landesregierung mit Peanuts möglichst schön vors Schienbein treten? - Dabei sehen Sie nicht, daß hier eine nationale Kraftanstrengung nötig wäre, um aus der Misere herauszukommen.

Zunächst zu Ihren Anträgen, Herr Kollege Martsch. Trotz aller menschlichen Hochachtung muß ich Ihnen sagen: Ich kann Ihnen durch detailliertes Eingehen auf Ihr Antragspaket die Schularbeiten nicht abnehmen, die Sie im Fachausschuß nicht machen. Seit Jahren bringen Sie dasselbe Antragspaket ein und sagen im Ausschuß: Ich kann oder will das im einzelnen nicht begründen, lehnt es doch en bloc ab! - Das haben wir im Ausschuß gemacht und werden es hier auch machen müssen.

Schon eine erste Durchsicht Ihrer Anträge zeigt, daß Sie Forderungen in Millionenhöhe stellen und zu deren Deckung Einnahmen aus Titeln anbieten wie z. B. Verkaufsabgabe für Stickstoff oder Pflanzenschutzmittel, die gar nicht existieren. Das ist unseriös. Das können wir nicht mitmachen.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, bedienen sich nun fürwahr der klassischen konservativen Methode des Hier-etwas-weg-und-dort-etwas-Drauf; meist zum Nachteil des Ministers und der Landesregierung.

(D)

Sehen wir uns zunächst die Anträge an, die sich mit personellen und sächlichen Kosten befassen, also die von 1 bis 7 und 12 bis 14 Ihrer Auflistung mit Kürzungsvorschlägen zwischen 3 000 und 134 000 DM:

Ist es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, meine Damen und Herren von der CDU, daß die dem MURL unterstehenden Sonderverwaltungen neu organisiert, gestrafft, schlanker und effizienter gemacht werden, wofür wir der Landesregierung - nicht zuletzt wegen der geschilderten Finanzmisere - dankbar sind? Bei solchen Umorganisationen fallen unvermeidbar zunächst im personellen und sächlichen Bereich mehr Kosten an. Erst mittelfristig setzen die Spareffekte

(Sieg [SPD])

(A)

ein. Wenn wir berücksichtigen, daß der Finanzminister schon die letzte Luft herausgequetscht hat, sollten wir alle die Finger davon lassen.

Nun zu Ihren Vorschlägen unter den Ziffern 8 bis 11 sowie 16 bis 20: Meine Damen und Herren von der CDU, auch dort ist - in Zeiten, in denen es um Kopf und Kragen geht - klassische Oppositionspolitik zu verzeichnen. Ihnen geht es offensichtlich nur um Kopf und Kragen des Fachministers. Die Rede ist nämlich von Kürzungsvorschlägen für Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Dokumentationen, auswärtigen Beziehungen, Gutachten, Ausstellungen und Kongresse.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Berücksichtigt man auch an dieser Stelle, daß die Ansätze mehr als kritisch überprüft worden sind, sagen wir Ihnen: Jede Regierung hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht - das hat der Landesverfassungsgerichtshof ausdrücklich bestätigt -, der Öffentlichkeit ihre Politik darzustellen, also auch zu werben und sich gutachterlichen Rat zu holen.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben sich ja in den Untersuchungsausschüssen Ihre Spielwiesen geschaffen. Dort mögen Sie weitermachen. Hier machen wir das nicht mehr mit.

(B)

Wir haben jetzt zwei Jahre Agrarreform in Europa hinter uns. Die Geburtshelfer dieser Agrarreform haben uns eine Fehlgeburt beschert, die die Bauern nicht gerade reicher, sondern sogar ärmer gemacht hat. Wir sehen noch nicht, daß das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

Wir hoffen, daß das nächste Jahr für die Bauern wirtschaftlich besser wird und sich auch die öffentlichen Hände dann mehr solchen Aufgaben zuwenden können wie beispielsweise der Rentenversicherung für die Bäuerinnen.

An dieser Stelle möchte ich noch anmerken, daß die sozialdemokratisch geführten Länder im Bundesrat bei diesem Thema, das uns sehr am Herzen liegt, in keiner Weise blockieren. Vielmehr muß die Bundesregierung erst einmal Vorschläge auf den Tisch legen, nach denen die Betriebe über das Jahr 2005 hinaus in

(C)

der Lage sind, die damit verbundenen Lasten zu tragen, oder eine Finanzierungsmöglichkeit aufzeigen. Wir würden dieses Thema dann sofort intensiv beraten.

Meine Damen und Herren, zum soziostrukturellen Ausgleich haben wir 1992 völlig eindeutig - Herr Kruse, das müßten auch Sie gehört haben - gesagt, daß dieses das letzte Mal ist und wir uns in den folgenden Jahren nicht mehr an dieser Zahlung beteiligen würden.

(Abgeordneter Kruse [CDU]: Letztes Jahr haben Sie aber etwas anderes gesagt!)

- Nein, das ist hier von meiner Fraktion ganz klipp und klar gesagt worden und immer unsere Position gewesen. Ich darf Sie daran erinnern, daß das auch - mit Ausnahme von Bayern - die Position aller anderen Bundesländer ist.

(Abgeordneter Kruse [CDU]: Nein!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Sieg, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Abgeordneter Sieg (SPD): Herr Präsident, ich komme sofort zum Ende. - Man kann aber darüber nachdenken, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe etwas im investiven Bereich zu tun. Wie gesagt: Wir wünschen unseren Landwirten wirtschaftlich ein besseres Jahr und einen klaren Kopf bei den Entscheidungen, die in den Wahljahren auf sie zukommen. Wir stimmen diesem Haushalt zu.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Kuhl für die Fraktion der F.D.P. das Wort erteilen.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Sieg, ich schließe mich Ihren Wünschen an, daß die

(Kuhl [F.D.P.]

(A)

Landwirte einen klaren Kopf behalten; bedauerlicherweise habe ich den bei Ihnen während Ihrer Rede eben total vermisst.

Es gibt ein altes Sprichwort, das da lautet: Sie SPD kann mit allem umgehen, nur nicht mit Geld, schon gar nicht mit dem Geld der Steuerzahler! - Das haben Sie hier gerade sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Ich will Ihnen einmal vorhalten, was Sie gesagt haben.

Sie haben gesagt: "nachwachsende Rohstoffe mit 13 Millionen DM im Haushalt etatisiert". Im Haushalt sind drei Millionen DM. Auf die Frage des Kollegen Uhlenberg habe Sie dann erklärt: "Lassen Sie uns darüber doch, bitte schön, in den Ausschüssen diskutieren." - Entschuldigen Sie einmal, Herr Kollege: Wir sind in der zweiten Lesung des Haushalts. Sie wissen ganz genau, daß es gar keine Ausschußsitzung mehr gibt. Warum sagen Sie dann hier nicht - Sie müßten es ja eigentlich wissen, Sie sind ja in dem Ausschuß -, wo denn diese Gelder sind. Aber das haben Sie nicht gewußt. Also: falsche Zahlen.

Die zweite falsche Zahl - ich weiß nicht, ob Sie sie bewußt oder unbewußt genannt haben -: Sie haben davon gesprochen, daß in der Bundesrepublik Deutschland täglich - hören Sie gut zu: täglich! - 13 000 Menschen arbeitslos werden. Im Moment haben wir rund 3,6 Millionen Arbeitslose. Das sind 3,6 Millionen zuviel. Nur: Was Sie gerade erklärt haben - daß pro Tag 13 000 Menschen in Deutschland arbeitslos werden -, bedeutet, daß wir in einem Jahr 4,75 Millionen Arbeitslose zusätzlich bekommen würden. Hier sollten Sie mit den Zahlen wirklich sorgfältiger umgehen. Sonst dient das weder den Haushaltsberatungen noch der allgemeinen politischen Diskussion.

(B)

(Zurufe von der SPD: "im Monat" meint er! - Abgeordneter Sieg [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ja, ich lasse Ihre Zwischenfrage sogar zu.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Sieg, bitte schön!

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Na, nun machen Sie! Es geht ja von meiner Zeit ab!)

Abgeordneter Sieg (SPD): Herr Kollege Kuhl, es stimmt, daß ich mich hier verlesen habe. Es ist nicht pro Tag, sondern pro Monat gemeint.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Schön, daß Sie mir wenigstens diese Zahl einräumen.

Lassen Sie mich nun zum Haushalt kommen! Ich habe vorher schon einmal bei einem anderen Bereich der Haushaltsberatungen gesagt, daß es in der Tat Zeit wird, zu einer Reformpolitik für die 90er Jahre oder auch für das nächste Jahrtausend zu kommen und dazu auch mehr Flexibilität in die Politik zu bringen. Dazu gehören natürlich auch die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft mit den sie begleitenden Verwaltungsstrukturen.

Ich denke, eins ist auch dem Umweltminister dieses Landes, der gleichzeitig auch Landwirtschaftsminister ist - ich vertue mich da immer etwas, weil ich ja eigentlich nicht in diesem Fachausschuß tätig bin - klar: Die Agrarpolitik wird in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr die Agrarpolitik der 70er oder 80er Jahre sein. Ich glaube, daß konnten wir nicht nur bei den jüngsten GATT-Verhandlungen, sondern auch bei den Verhandlungen über das Abkommen, das wir im letzten Jahr erlebt haben, relativ deutlich merken.

(D)

Das bedeutet, daß die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft sowohl in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Europa neu zu gestalten sind, und zwar so, daß sie sowohl den weltweiten wirtschaftlichen, aber auch den nationalen und gesellschaftlichen Herausforderungen standhalten kann. Allerdings - und das füge ich ganz bewußt an dieser Stelle ein - muß es dabei bei allen Mitstreitern innerhalb der Europäischen Union gleiche Wettbewerbschancen geben. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

(Kuhl [F.D.P.]

(A)

Wie schwierig jedoch die Einbindung der Landwirtschaft innerhalb dieser weltwirtschaftlichen Verflechtungen ist, zeigen nicht nur die gerade schon zitierten GATT-Verhandlungen, sondern zum Beispiel auch die Ereignisse um die Schweinepest, unter der ja auch unsere nordrhein-westfälischen Landwirte zu leiden hatten und auch noch zu leiden haben. Die Flexibilität, Herr Minister Matthiesen, die Sie ja immer propagieren, hätten Sie sich in der Tat bei den Haushaltsberatungen des Bundes einmal ansehen können. Dort ist während der Haushaltsberatungen - das geschieht auch dort nicht alle Tage - aufgrund dieser aktuellen Problemsituation schnell reagiert worden, indem man immerhin 20 Millionen DM zur Bekämpfung der Schweinepest bewilligt hat. Ich gebe Ihnen zu: Sie haben auch hier in Nordrhein-Westfalen 2,5 Millionen DM, glaube ich, - -

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Ja, ja, natürlich. Nur: Da fangen ja die Probleme an, die ich gerade zu beschreiben versucht habe. Denn der Landwirt in Borken oder im Münsterland versteht es ja überhaupt nicht mehr, daß der eine Landwirt nach wie vor Schweine verkaufen kann und der andere Landwirt, der auf der anderen Seite des Weges liegt, nicht, weil er zufällig in einem anderen Landkreis oder in einem anderen Bundesland wohnt.

(B)

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Da wird jedenfalls aus meiner Sicht die Schizophrenie deutlich, mit der man mit der Landwirtschaft umgeht.

Lassen Sie mich einen anderen Punkt ansprechen! Auch die Einführung der Agrarsozialreform und der Pflegeversicherung, die im landwirtschaftlichen Bereich allein im Jahr 1993 24 Millionen DM als Zuschuß zur Pflegeversicherung der Altenteile kosten soll, wurde in den Haushaltsberatungen der Bundesregierung berücksichtigt. Ich denke, man sollte das hier - nachdem die Landesregierung sonst immer auf die Bundesregierung schimpft - auch einmal positiv erwähnen.

Hier hat man reformiert, hier hat man gehandelt, obwohl die Grundsatzfrage offen bleibt - das will ich an dieser Stelle gern einräumen -, ob es aufgrund der Haushaltslage von Bund und Ländern künftig noch

(C)

geboten erscheint, den Anteil, den die sogenannten agrarsozialen Ausgaben am Etat haben, immer stärker auszuweiten, während gleichzeitig - und das ist bedauerlich - die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe und insbesondere auch die Mittel für den investiven Bereich stagnieren und langfristig zurückgehen. Ich will auch einräumen, daß dieser Punkt die Haushaltsberatungen nur indirekt tangieren kann, da hier die Grundfrage die Ausgestaltung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen zur Schaffung von wettbewerbsorientierten und leistungsfähigen Agrarbetrieben sein muß.

In Nordrhein-Westfalen müssen wir Ihnen ständig hinterherlaufen - anders als in den anderen Bundesländern -, damit die Landwirte ihren Einkommensausgleich erhalten und gegenüber den Landwirten in anderen Bundesländern nicht benachteiligt werden. Hier könnten Sie natürlich Ihr oft gepriesenes Herz für die nordrhein-westfälische Landwirte unter Beweis stellen. Den währungsbedingten Einkommensverlusten der Landwirte haben Sie ja letztlich auf einer Veranstaltung noch eine deutliche und klare Absage erteilt.

Lassen Sie mich noch zu den Förderpraktiken des Landes bei den Abwasserbeseitigungsmaßnahmen kommen! Hier stehen 300 Millionen DM im Gemeindefinanzierungsgesetz als Investitionspauschale für die Abwasserbeseitigung, weitere 10 Millionen für die Gemeinden, die mit den Abwassergebühren erheblich über dem Landesdurchschnitt liegen. Das sind die Regionen, über die wir häufig diskutiert haben: Eifel, Oberbergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis. Dort wird es demnächst an die Gebührensубvention gehen, obwohl ich es für einen eklatanten Fehler halte, wenn man dies macht. Nur: Wir müssen uns in der Tat überlegen, was wir tun können, damit die Bürger dort bei den Abwasserbeseitigungskosten, die heute schon weit über 2 000 DM liegen, nicht noch stärker gebeutelt werden. Denn für viele - gerade aus dem Arbeiterbereich - bedeutet dies, daß sie mindestens ein Zwölftel ihres Jahreseinkommens in diesen Topf zahlen müssen, und das ist auf Dauer nicht mehr zu finanzieren.

(D)

Insoweit liegt hier gerade im ländlichen Bereich ein sozialer Zündstoff, den man entschärfen muß und bei dem man auch flexibel handeln kann.

(Kuhl [F.D.P.]

(A)

Meine Damen und Herren, deshalb muß künftig auch die Topographie der ländlichen Gemeinden bei einer solchen Mittelverteilung berücksichtigt werden, eben nicht nur Einwohnerzahl und Fläche - das haben Sie ja inzwischen getan -, sondern auch die Topographie. Denn es kann nicht angehen - lassen Sie mich diese Zahl auch noch nennen -, daß Landwirte in diesen Bereichen teilweise Anschlußgebühren, die in einer Größenordnung von 80 000 DM liegen, bezahlen müssen. Wer weiß, was das für einen Landwirt heißt, der weiß dann eben auch, daß das im Grunde genommen einer Enteignung gleichkommt. Also verteilen Sie, bitte schön, nicht die paar verbliebenen Fördermittel mit der Gießkanne, sondern gezielt.

Wenn auf der anderen Seite gleichzeitig enorme Summen zur Verbesserung des Emscher-Lippe-Raumes bereitgestellt werden, dann sollten Sie allerdings auch - das ist ein nächster Punkt - Landesmittel für die Zweckverbände zur Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung bereithalten, und zwar in der bisherigen Größenordnung. Hier fahren Sie ja herunter; hier sollten Sie also die Ursprungsgrößenordnung wieder in den Haushalt einstellen. Darum werden wir auch dem Antrag, der dazu als Entschließungsantrag vorliegt, hier heute zustimmen.

(B)

(Minister Matthiesen: Herr Kuhl, darf ich Ihnen bitte eine Frage stellen?)

- Aber immer.

Vizepräsident Schmidt: Nein, zwischenrufen dürfen Sie.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Einen Zwischenruf dürfen Sie machen.

(Minister Matthiesen: Können Sie für Ihre Fraktion bestätigen, daß die Zahlung in 1993 einer rechtlichen Verpflichtung entspricht? So ist das auch mit Ihrer Fraktion abgesprochen worden. Ich lege Wert darauf, daß das ins Protokoll kommt!)

Das können Sie in das Protokoll hineinnehmen. Bei der rechtlichen Verpflichtung stimme ich Ihnen ja zu,

natürlich, nur: Trotzdem sind wir der Auffassung, daß Sie hier diesen alten Mittelansatz beibehalten müssen, denn Sie wissen ja, zu welchen Folgen das führt. Darüber können wir ja dann gerne diskutieren. Da bin ich jetzt froh, daß das jetzt auch im Protokoll steht. So einfach geht das nämlich nicht, Herr Matthiesen.

(Minister Matthiesen: Mir reicht der erste Teil!)

- Den zweiten können Sie jetzt nicht verschweigen, auch beim zitieren, bitte schön, nicht!

Über eines sollten wir uns darüber hinaus auch noch im klaren sein. Der ländliche Raum übt ja erhebliche Funktionen wie Freizeit, Erholen, Wohnen usw. aus, aber wir sollten uns bemühen, einer Gefahr entgegenzuwirken, nämlich der Gefahr, daß hier der ländliche Raum immer mehr zu Grünkolonie der Großstädte verkommt. Diese Gefahr sehe ich heute, insbesondere wenn man sich an den Wochenenden im Sommer ansieht, was die Landwirte da häufig zu erdulden haben. Um solche Funktionen dann allerdings aufrechterhalten zu können, müssen Opfer gebracht werden. Hier will ich noch einmal sagen: Ich denke, es wäre hilfreich, wenn Sie das, was Sie in Ihren Erklärungen von sich geben, nämlich hier flexibel handeln zu wollen, dann auch umsetzen würden.

Das heißt für mich auch, daß das Beziehungsgeflecht zwischen dem ländlichen Raum auf der einen Seite und den Ballungszentren auf der anderen Seite sowohl aus ökologischer, aber auch sozialer und ökonomischer Sicht neu definiert werden muß, und dafür sind Sie letztendlich zuständig.

Lassen Sie mich auch einen Satz von Heereman aufgreifen und den etwas verändert hier noch einmal sagen: Herr Matthiesen, die Landwirtschaft ist eben keine Kuh, die man nur melken kann; man muß sie zwischendurch auch füttern, sonst kann man sie nicht mehr melken. Ich würde mich freuen, wenn Sie künftig mit Blick auf die Landwirtschaft der Futtermeister wären und eben nicht der Melker. Wenn wir zu diesem Verfahren kommen könnten, denke ich, daß wir dann auch wieder eine Auffassung hier vertreten.

(C)

(D)

(Kuhl [F.D.P.]

(A)

Lassen Sie mich zum Schluß auch noch sagen, auch wenn das viele nicht gerne hören: Sie haben ja jetzt bei den Landesgartenschauen Änderungen vorgenommen; den Paderbornern haben Sie eine Million abgezogen, dafür den Lünenern und den Grevenbroichern eine Million zugeschustert. Da hat man natürlich den Verdacht, daß hier nicht aus ökonomischer Sicht die Prioritäten gesetzt werden, sondern ausschließlich aus parteipolitischer Sicht. Dem sollten Sie vielleicht künftig doch entgegenwirken, indem Sie dann vielleicht mit mir einer Meinung sind und sagen, daß wir diese Landesgartenschauen künftig überhaupt nicht mehr finanziell bezuschussen. Das wäre nämlich eine hervorragenden Ausgangsbasis für eine neue Diskussion auch in diesen Fragen. Denn ich halte diese Gelder wirklich nicht nur für Subventionen, sondern für Subventionen, die wirklich herausgeschleudert sind.

Die Zeichen der Zeit heißen insofern reformieren, flexibilisieren, aber auf der anderen Seite auch sparen, und Ansätze dazu gibt es, wie ich glaube - einen letzten habe ich Ihnen gerade noch benannt - genug. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Danke, Kollege Kuhl. Für die GRÜNE-Fraktion spricht der Abgeordneter Martsch.

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Haben Sie auch die richtige Rede?)

- Das hat keiner gehört. Herr Martsch, bitte.

Abgeordneter Martsch* (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Minister!

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Löseke [CDU]: Das war schon wieder ein Kompliment!)

Sehr verehrter Herr Kollege Nagel, ich habe die richtige Rede; ob sie aus Ihrer Sicht die richtige ist,

das wird sich noch herausstellen. Das erwarte ich ja auch gar nicht.

(C)

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft schloß seine Einführungsrede zum Einzelplan 10 in dem für die Agrarpolitik zuständigen Ausschuß am 28.10.1993 mit folgenden Worten. Ich zitiere mit freundlicher Genehmigung:

Die Landesregierung nutzt die Chance, die knappen Haushaltsmittel so einzusetzen, daß eine hohe Effizienz der Förderung zum Vorteil der landwirtschaftlichen Betriebe und zum Wohle der Umwelt sowie der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen erreicht wird.

Nun wird niemand, auch ich nicht, das gute Recht einer jeden Regierung abstreiten, die eigenen Aktivitäten, Programme und Lösungsstrategien in den höchsten Tönen zu preisen. Doch was die Landesregierung für den Bereich Landwirtschaft und ländlicher Raum tatsächlich betreibt, entspricht nicht dieser selbstgefälligen Bewertung.

Ich möchte dem Kollegen der SPD-Fraktion, Herrn Sieg, sagen: Sie haben ja eine sehr deutliche Präzisierung sozialdemokratischer Agrarpolitik hier vorgetragen, als Sie eben mehrfach sagten: Wir hoffen, wir wünschen, wir hoffen nochmals und wir wünschen nochmals. Aber das ersetzt eben noch keine Agrarpolitik, das allein reicht nicht aus. Hoffen, wünschen und beten können die Bauern allein; dazu brauchen sie die Politik nicht.

(D)

Die schon seit Jahren unbeirrt fortgesetzte bürokratische Mißstandsverwaltung mit gleichzeitiger Selbstbeweihräucherung vermittelt zudem allmählich den Eindruck, daß die Landesregierung inzwischen selbst an die Richtigkeit ihrer Politik glaubt, und das macht sie leider absolut unzugänglich für reformerische Ansätze.

Ein Blick in die Verteilung der Mittel mag das wahre Gesicht nordrhein-westfälischer Agrarpolitik verdeutlichen: Von den insgesamt 444 Millionen DM, die im Haushalt 1993 für die Landwirtschaft, die Dorferneuerung, die ökologische Stadt, das ökologische Dorf der Zukunft, Naturschutz- und Landschaftspflege sowie Marktstruktur und Verbraucherangelegenheiten

(Martsch [GRÜNE])

(A)

etatisiert wurden und überdies zu drei Vierteln aus Bundeszuweisungen bestritten wurden, gingen 293 Millionen DM in die Flurbereinigung, in überbetriebliche Maßnahmen, Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, landwirtschaftliche Siedlung, Prämien für Maßnahmen zur Extensivierung bzw. Flächenstilllegung nach EU-Vorgabe, Mutterkuhprämien, Zuwendungen an landwirtschaftliche Betriebe zur Abwehr der Existenzgefährdung und Tiergesundheit/veterinärbehördliche Zwecke usw.

Für 1994 sind bei insgesamt 389 Millionen DM 275 Millionen DM für die direkte Unterstützung der Agrarwirtschaft vorgesehen. Damit laufen etwa 70 % der nordrhein-westfälischen Mittel für den ländlichen Raum unmittelbar in die Unterstützung der europäischen Agrarpolitik. Die für die Jahre 1995 bis 1997 vorgelegte Finanzplanung bleibt in etwa bei diesen Größenverhältnissen.

Die restlichen 30 % der Mittel für Landwirtschaft, ländlichen Raum und Landschaft verteilen sich auf: Naturschutz und Landschaftspflege ca. 20 %, Dorferneuerung ca. 6 % sowie Marktstruktur und Verbraucherangelegenheiten ca. 4 %. Auf diese Bereiche und damit auf knapp 110 bis 120 Millionen DM reduziert sich das eigenständige Handeln der Landesregierung.

(B)

Das heißt also, daß alljährlich mit annähernd 300 Millionen DM Agrarpolitik neben der ohnehin entwicklungsbestimmenden Preis- und Flächenprämienpolitik der EU gefördert wird, und dies, ohne ein grundsätzlich anderes Ziel als die EU zu verfolgen. 300 Millionen DM, die infolgedessen die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume schwächen und zerstören, nicht stärken, die Dörfer und Natur und Landschaft verfallen lassen!

Dagegen stellt die Landesregierung schon aufgrund der Haushaltsansätze bescheidene Mittel. Mit demgegenüber lächerlichen 25 Millionen DM sollen alljährlich die Dörfer erneuert und mit 70 Millionen DM Natur und Landschaft bewahrt werden. Weitere 17 Millionen DM sind zur Verbesserung der Marktstruktur und für Verbraucherangelegenheiten vorgesehen. Damit soll unter anderem der milliarden schwere Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte aufgefangen werden.

(C)

Diese Perspektivlosigkeit der nordrhein-westfälischen Politik für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft wird bei näherer Betrachtung der Handlungsfelder offenkundig. Zunächst ist auffällig, daß die Landesregierung ihre Landschaftspflege- und Naturschutzaktivitäten als Programm für eine umweltverträgliche und standortangepasste Landwirtschaft verkauft, es aber bei den einzelnen Programmteilen überhaupt nicht mehr um die Landwirtschaft, sondern um die technische Aufrechterhaltung bestimmter Landschaftskulissen geht. Bezeichnenderweise hat die Landesregierung erst in diesen Tagen ihr diesbezügliches Förderprogramm für eben jene umweltverträgliche und standortangepasste Landwirtschaft in NW vorgestellt.

Wer nun glaubt, daß dazu an erster Stelle die Landwirtschaftsverbände und die Verbände des ökologischen Landbaus herangezogen worden wären, der sieht sich eines Besseren belehrt. Zunächst wurden die Regierungspräsidenten, dann die Naturschutzorganisationen und die Biologischen Stationen eingeladen mit dem Ziel, die Umsetzungsmodalitäten zu regeln bzw. zu vermitteln. Für uns ist das ein klares Indiz dafür, daß es sich bei dieser angeblich umweltverträglichen und standortangepassten Landwirtschaft eben nicht mehr um Landwirtschaft, sondern um deren Imitat handelt. Die Landwirte spielen hier nur noch insoweit eine Rolle, als sie kostengünstig zu Pflegediensten herangezogen werden.

(D)

Dabei hat die EU mit der Verordnung Nr. 2078/93 diesbezüglich der Landesregierung eine harte Nuß gegeben; denn die Förderung mit EU-Mitteln ist an die Antragsstellung durch Landwirte gebunden. Damit erleidet die bislang betriebene Strategie, die Naturschutzflächen in öffentliches Eigentum zu überführen, einen vielleicht nicht unbedeutenden Rückschlag, da Kreise, Biologische Stationen oder Landschaftspflegeverbände nicht ohne weiteres als Zuwendungsempfänger für EU-Gelder auftreten können.

Grundsätzlich richtig ist allerdings, Herr Minister, wenn die Landesregierung prüft, in welcher Form die EU-Anforderungen durch landeseigene Programme erfüllt werden können, um die EU-Mittel für landesbezogene Aktivitäten nutzen zu können. Die flankierenden Maßnahmen haben im Verständnis der Agrarpolitik der EU einzig und allein den Zweck - auf-

(Martsch [GRÜNE])

(A)

grund der unsozialen Preispolitik offiziell als Agrarreform verkauft -, nicht mehr wettbewerbsfähigen Betrieben eine Ausstiegshilfe zu gewähren und das Ende der Landwirtschaft in bestimmten Regionen abzufedern.

Es gibt zugleich überhaupt keine Gewähr für die Fortsetzung dieser flankierenden Maßnahmen über einen Zeitraum von über zehn Jahren hinaus. Im Gegenteil, es zeichnet sich ab, daß diese unproduktiven Sterbehilfen aus dem EU-Haushalt eher früher als später gestrichen werden. Die Konsequenz wird sein, daß die Länder entweder die 50 % EU-Leistung selber aufbringen müssen, wenn sie ihre Programme weiterführen wollen, oder sie werden schlicht und ergreifend unter Hinweis auf die böse EU und die leeren eigenen Kassen eingestellt.

Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich prophezeie Ihnen - ohne Prophet zu sein -, daß wir in einem Jahrzehnt auch vor dem Scherbenhaufen einer nordrhein-westfälischen Landwirtschaftspolitik stehen werden, soweit dies nicht bereits heute der Fall ist. Hierbei verkenne ich keineswegs, daß der Landwirtschaftsminister aufgrund der Vorgaben aus Brüssel und Bonn einen schweren Stand und wenig Spielraum hat. Das würde auch einem grünen Landwirtschaftsminister so ergehen.

(B)

(Abgeordneter Gorlas [SPD]: Was ist das denn?
- Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Ja, natürlich! Wir sind ja Realpolitiker.

(Abgeordneter Gorlas [SPD]: Sie jetzt auch?)

Selbst mein Gewicht würde nicht ausreichen, um den Mist aus Brüssel und Bonn zu kompensieren. Da sind wir sicherlich gleicher Meinung.

Die entscheidende Frage ist aber - und nun kommt es -, ob die Landesregierung wirklich eine andere Politik für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft in unserem Lande will. Wenn dem so sei, Herr Minister, dann müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, sich von der zerstörerischen Logik der EU nicht genügend abzusetzen. Allerdings - das sage ich auch noch einmal mit Nachdruck auf die Rede des Kollegen Sieg bezogen -, wenn ich mir die Position

(C)

der SPD-Fraktion näher anschau, so erscheint es mir auch unmöglich, daß die Landesregierung eine nach vorn gewandte, die Zukunft sichernde Agrarpolitik praktizieren kann, unabhängig davon, ob Sie, Herr Minister, dies wollen oder nicht.

Wir werden also in zehn Jahren eine gewaltige Verwilderung unserer Landschaft feststellen können. Wir können uns dann auf den Weg begeben, den viele über Jahre hinweg in diffamierender Absicht den GRÜNEN gewiesen haben, nämlich den Weg auf Bäume, die überall dort unkontrolliert aufwachsen werden, wo die Landwirtschaft längst verschwunden ist und dann auch noch die Landschaftserhaltung aus zweiter Hand mangels Finanzmitteln eingestellt wird.

Die Landesregierung unterstützt also mit ihren nicht dauerfähigen Programmen mit jährlich zirka 70 Millionen DM den unaufhaltsamen Weg zurück auf die Bäume.

Wir haben, meine Damen und Herren - das möchte ich bei dieser Gelegenheit besonders betonen -, als GRÜNE diesen Weg, zurück auf die Bäume, niemals betrieben, sondern wir haben immer wieder Möglichkeiten aufgezeigt, dies zu verhindern und mit tragfähigen Konzepten dieser Misere zu begegnen.

(D)

Dabei haben wir nicht nur eine Verwendung dieser 400 Millionen DM vorgeschlagen, die auf eine nachhaltige Absicherung einer landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch auf die dauerhafte Eigenständigkeit der ländlichen Räume und die Funktionsfähigkeit der Dörfer sowie die Bewahrung von Natur und Landschaft abgestellt ist. Mehr noch: Unsere Vorschläge basieren durch gezielte Abgabepolitik auf der Beschaffung weiterer Geldmittel zur Finanzierung eines agrarwirtschaftlichen Umbaus bei gleichzeitig steuerndem Einfluß auf Umwelt und sozialunverträgliche Produktionsverfahren.

(Die Lampe zur Beendigung der Rede leuchtet am Rednerpult auf.)

- Herr Präsident, ich habe die Lampe erkannt. Ich bitte um etwas Nachsicht, daß ich heute ausnahmsweise etwas überziehe.

(A)

Vizepräsident Schmidt: Ja, gut.

Abgeordneter Martsch⁷ (GRÜNE): Dafür fehle ich ja sonst immer. - Ich möchte an dieser Stelle nur kurz die von uns alljährlich in die Haushaltsberatungen eingebrachten Vorschläge zur Erhebung von Abgaben auf umweltschädliche Produktionsverfahren, zum Beispiel Massentierhaltung, bzw. auf die Verwendung umweltschädlicher Stoffe wie zum Beispiel Pflanzenschutzmittel hinweisen. Wir zeigen mit weiteren Anträgen zugleich auf, wie diese Finanzeinnahmen zur Förderung einer nachhaltigen und sozialverträglichen Landwirtschaft eingesetzt werden können.

Mit unserem Landschaftspflege- und Marktentlastungsprogramm MEKA bieten wir auch Möglichkeiten der Nutzung einer 50%igen EU-Finanzierung mit der Ausrichtung auf die Wiederentwicklung einer eigenständigen Agrarstruktur, die nicht nach Ablauf des nächsten Jahrzehntes endgültig zerbricht, sondern eine neue Ausgangsbasis für Wirtschaft und Kultur im ländlichen Raum darstellt.

Uns wird in schöner Regelmäßigkeit vorgehalten, daß unsere Vorschläge zwar ganz gut seien, wir aber keine Deckungsvorschläge vorlegten bzw. unsere Konzeption den Rahmen der bestehenden Haushaltsstruktur sprengen würde. Dazu möchte ich noch einmal sagen, daß wir überhaupt keine Veranlassung sehen, uns an dem Spiel der "Scheinhaushaltsberatungen" der SPD-Fraktion zu beteiligen: Hier ein Haushaltstitelchen um 20 000 DM kürzen, um woanders 20 000 DM wieder aufzuschlagen.

(B)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wir haben in unserer Fraktion einen ganzen Tag beraten!)

Damit komme ich auch zum Schluß: Das ist nicht unser Verständnis von Politik, und Ihre Haushaltsberatungen finden nicht unser Verständnis von politischer Entscheidung über einen sinnvollen und zukunftsweisenden Weg. Gefragt ist nicht Haushaltskrämerei, sondern eine politische Entscheidung für einen neuen Weg zur Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskraft. Dazu haben wir Ihnen wiederum geeignete Möglichkeiten aufgezeigt und der - in diesem Fall - Wegwerfpolitik den Kampf anzusagen.

(C)

Sie haben erneut die Chance, durch Zustimmung zu unserem Weg eine neue Zeitrechnung

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

einzuleiten. Damit bin ich fertig. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Dann haben wir die Zeit vor der Rede von Martsch und nach seiner Rede.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Martsch. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Uhlenberg.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Haushaltsdebatte zum Einzelplan 10 sollte nicht zu Ende gehen - Herr Minister, Sie haben ja gleich noch die Möglichkeit, darauf einzugehen, wenn Sie Ihren Beitrag zu dieser Haushaltsdebatte leisten -, ohne daß von dieser Sitzung des Landtages ein deutliches Signal ausgeht, wie es mit der Frage der Gewässerunterhaltung in Nordrhein-Westfalen weitergeht.

Meine Damen und Herren! Das ist sowohl für das Jahr 1993 wichtig wie auch für das Jahr 1994. Es gibt im Moment Probleme mit der Finanzierung der Arbeit der Wasser- und Bodenverbände in den Kreisen. Es geht darum, daß nach der Phase der Verunsicherung, von der alle, Herr Minister, der Auffassung waren, sie sei mit Ihrer Rede auf dem Kreisverbandstag in Steinfurt am letzten Freitag beendet worden, die aber in den letzten Tagen wieder ausgebrochen ist, nun wirklich klar ist, daß die Kosten der Wasser- und Bodenverbände in Nordrhein-Westfalen erstattet werden. Denn, meine Damen und Herren, es besteht ein Rechtsanspruch der Wasser- und Bodenverbände und aller Beteiligten auf diese Mittel. Man kann von diesem Rechtsanspruch auch nicht aufgrund von Mehrheiten und sonstigen Veränderungen - ich meine damit auch die Haushaltssperre - abgehen.

(D)

Von daher ist es notwendig, daß auch nach der Situation der vergangenen Tage, Herr Minister, Sie hier heute noch einmal ein deutliches Wort sagen, damit diese Diskussion auch beendet ist.

(Uhlenberg [CDU])

(A) Ich möchte ein zweites sagen: Herr Kollege Sieg, aus Ihrer Rede sind wirklich nicht Ansätze einer sozialdemokratischen Agrarpolitik hervorgegangen. Nur, wenn Sie unsere bescheidenen Anträge zu diesem Haushaltsplan als Peanuts bezeichnet haben, darf ich Sie noch einmal darauf hinweisen, daß es um vier wichtige Bereiche der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft und Naturschutzpolitik geht, um die in diesen Wochen gerungen wird.

Es geht um die Frage der Vermarktungsstrukturen und des Gütesiegels, es geht um die Frage der nachwachsenden Rohstoffe. Wenn ich heute in der "Welt" gelesen habe, daß das Land Bayern mal eben locker 53 Millionen DM für den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe zur Verfügung stellt, und wir in dieser Frage hier in Nordrhein-Westfalen nicht aus den Pöfien kommen, muß hier wirklich gehandelt werden. Dann sollen wir das Thema auch nicht mehr auf die lange Bank schieben.

Es geht um die Frage der Gewässerunterhaltung, weil wir absehen können, daß wir im Jahre 1994 mit 21 Millionen DM nicht auskommen werden, auch gerade vor dem Hintergrund der gerade geänderten Richtlinien, wonach nämlich verstärkte Naturschutzaufgaben bei der Gewässerunterhaltung berücksichtigt werden müssen.

(B) Und, meine Damen und Herren, es geht um die Naturparke. Es ist nicht einzusehen, daß im Bereich des Naturschutzes die Mittel im Schnitt um 30 % gekürzt werden. Herr Minister, wenn Sie aber bei den Naturparken mit 50 % herangehen, bedeutet dies im Klartext, daß die Kosten für die Naturparke von den Kreisen und von den Kommunen aufgefangen werden müssen. So viele Mittel sind innerhalb dieser kurzen Zeit in diesem Bereich nicht einzusparen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Uhlenberg, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Sieg beantworten wollen?

(Abgeordneter Uhlenberg [CDU]: Sehr gern!)

- Bitte schön, Herr Sieg.

(C) Abgeordneter Sieg (SPD): Herr Kollege, ist es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, daß ich sehr wohl bei Ihren Anträgen differenziert habe in solche, die ich für wichtig halte und die ich zuerst behandelt habe, und dann in einen zweiten Teil, in denen es um das Wegstreichen von Reisekosten und andere Dinge ging? Letztere habe ich allerdings als "Peanuts" bezeichnet.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Kollege, es wäre dann konsequent gewesen, wenn Sie unseren Anträgen sowohl im Ausschuß wie auch heute zustimmten; denn aus Ihrem Beitrag soeben ist ja auch - speziell zu dem Thema Gewässerunterhaltung - hervorgegangen, daß Sie dies auch für einen wichtigen Punkt ansehen. Und der Deckungsvorschlag, den die CDU gemacht hat, ist seriös. Ich verweise darauf, meine Damen und Herren, daß wir im vorigen Jahr die gleichen Deckungsvorschläge gemacht haben. Mehrheitsfraktion und Landesregierung haben uns damals mitgeteilt, daß dieser Etat für die Finanzierung überhaupt nicht zur Verfügung steht. In diesem Jahr hat die Landesregierung in ihrem Entwurf für den Einzelplan 10 den Ansatz für den Grundstücksankauf selber deutlich reduziert. Von daher ist sowieso ein Einstieg in diesen Bereich vorgenommen worden.

(D) Vizepräsident Schmidt: Herr Uhlenberg, der Kollege Steinkühler hat sich noch gemeldet. Sind Sie bereit, noch eine Frage zu beantworten?

(Abgeordneter Uhlenberg [CDU]: Wenn das meiner Redezeit nicht angerechnet wird, Herr Präsident, bin ich bereit.)

- Herr Steinkühler, bitte!

Abgeordneter Steinkühler (SPD): Herr Uhlenberg, Sie haben eben auf die Naturparke hingewiesen. Sie können sich erinnern, daß ich in einer der letzten Ausschußsitzungen gefragt habe, wie denn die Finanzierung dieser Geschichten sei. Ich habe mir daraufhin vom Ministerium eine Aufstellung machen lassen und habe festgestellt, daß die Mittel in nur ganz unerheblichem Maße abgeflossen sind. Das heißt also,

(Steinkühler [SPD])

(A)

daß das, was jetzt im Haushalt zur Verfügung steht, durchaus für die Finanzierung der Arbeit der Naturparke ausreicht.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Kollege Steinkühler, wir werden uns Ende des Jahres 1994 erneut über diesen Haushaltsansatz zu unterhalten haben. Nach allen Gesprächen, die ich mit den Vertretern der Naturparke in Nordrhein-Westfalen geführt habe, sind sie nicht in der Lage, diese Einsparungen, die nun vorgegeben werden, vorzunehmen. Ich prophezeie, daß hier wie in anderen Bereichen auch wiederum der Versuch unternommen wird, die Kosten auf den kommunalen Bereich zu übertragen.

Meine Damen und Herren, zwei Bereiche noch! Es geht ja in der Agrarpolitik nicht nur um unsere Arbeit hier im Landtag selber, sondern es geht auch immer um die Frage, wie das Land Nordrhein-Westfalen sich bei agrarpolitischen Fragen auf Bundesebene verhält, speziell was Ihre Mitwirkung im Bundesrat angeht. Ich möchte Sie herzlich bitten, Herr Minister, im Bereich der Agrarsozialpolitik die Bremsklötze wegzuräumen, auch aus der Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen.

(B)

Ich war sehr verwundert - ich weiß nicht, von wem der Herr Kollege Sieg diese Zahl hat -, als er eben hier verkündete, es müßten erst alle Berechnungen bis zum Jahre 2015 im Zusammenhang mit der eigenständigen Rente der Bäuerinnen auf dem Tisch liegen, bevor die Sozialdemokraten zustimmen könnten. Sie können sich ja einmal dazu äußern, ob Sie das unterstreichen, was der Kollege Sieg zur Durchführung der Agrarsozialpolitik gesagt hat.

Ich wäre Ihnen auch dankbar, Herr Minister, wenn Sie die Reserven und Vorurteile, die Sie im Bereich der Vorsteuerpauschale noch haben, die auch den Bundesrat beschäftigt, beiseite räumen würden; denn dies ist auch ein kleiner Beitrag dazu, die Situation der Landwirtschaft zu verbessern.

Breite Übereinstimmung - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, weil das ein wichtiger Bereich der Agrarpolitik ist, von dem auch unsere Landwirte in den letzten Wochen und Monaten berührt waren - gibt es im Bereich der Seuchenbe-

kämpfung in Nordrhein-Westfalen. Wir begrüßen, daß es hier eine breite Übereinstimmung zwischen der Politik von Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert und der Politik der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gibt. Wir haben diesen Punkt im Fachausschuß immer wieder diskutiert. In dieser Frage, Herr Minister, haben Sie die Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion.

Ich glaube, daß es in dieser schwierigen Zeit darum geht, auch bei agrarpolitischen Reden den Landwirten Hoffnung zu machen bei schwierigen Rahmenbedingungen, bei Seuchensituationen und verschiedenen Problemen, die gerade in den letzten Monaten und in den vergangenen Jahren auf die Landwirtschaft zugekommen sind. Wir sollten aber auch die Chance nutzen, die sich für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen speziell in den nächsten Jahren bieten wird. Die Aufgabe der Landesagrarpolitik besteht darin, die Marktchancen der nordrhein-westfälischen Landwirte zu verbessern. Von daher bedaure ich auch, daß unser Antrag, der sich speziell mit dieser Situation befaßt, von der Mehrheitsfraktion im Ernährungsausschuß abgelehnt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Uhlenberg. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Gorlas das Wort.

Abgeordneter Gorlas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nur wenige Sätze zu dem sagen, was der Kollege Uhlenberg gerade gesagt hat, und zwar einen Satz zu dem Antrag, bezogen auf die Naturparke. Auch wir haben mit den Vertretern der Naturparke Gespräche geführt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Einen Satz!)

- Zu jedem Thema einen Satz. Nehmen Sie es nicht so genau, Entschuldigung!

Auch wir haben mit den Vertretern der Naturparke Gespräche geführt. Herausgekommen ist - und es ist

(C)

(D)

(Gorlas [SPD])

(A)

dann bestätigt worden, was Kollege Steinkühler durch seine Zwischenfrage schon angedeutet hat -, daß in den wesentlichen Aufgabenbereichen keine Einschränkungen zu erwarten sind.

Es ist allerdings ein anderes Problem deutlich geworden - ich weiß nicht, ob das bei Ihnen auch so war -: daß ganz bestimmte Naturparke vom Regierungspräsidenten bei ihrer Antragstellung gesagt bekommen haben, es seien keine Mittel da, obwohl nachweislich am Jahresende noch Überschüsse da waren. Herr Minister, an dem Punkt müssen wir vielleicht einmal über den Vollzug reden. Es könnte sein, daß auf der mittleren Ebene irgend etwas geklemmt hat.

Insgesamt kann man sagen, daß in Anbetracht der Haushaltssituation dieser Haushaltstitel ausreichend ist, und das ist von den Vertretern der Naturparke auch so bestätigt worden.

Zweiter Antrag von Ihnen, zu den 4 Millionen für die Gewässerunterhaltung! Wir haben auch im Ausschuß deutlich gemacht, daß wir diesen Antrag für berechtigt halten, weil wir Gewässerunterhaltung als eine wichtige Aufgabe ansehen.

(Zuruf des Abgeordneten Kruse [CDU])

(B)

Wir haben allerdings, Herr Kollege Kruse, auch deutlich gemacht, daß, wenn man seriöse Haushaltspolitik betreibt - und das haben wir ja zumindest immer wieder versucht -, man auch einen seriösen Deckungsvorschlag braucht. Der Deckungsvorschlag, den wir hatten, sah vor, im Grundstückskauf Einschränkungen vorzunehmen.

Bei unserem Nachbohren, weil wir an Ihrem Positiv-Antrag durchaus interessiert waren, kam heraus, daß diese Mittel, die dafür etatisiert sind, im Grunde für schon zwischenfinanzierte Grundstücke jetzt ausgegeben werden müssen. Das heißt: Es sind schon Grundstücke über eine Zwischenfinanzierung gekauft worden - welche, ist auch gesagt worden -, und jetzt muß diese Zwischenfinanzierung abgegolten werden.

Lassen Sie mich - dritter und letzter Punkt - einige Bemerkungen zu dem Problem der Gewässerunterhaltung machen, und zwar im Haushaltsvollzug 1993,

weil das vom Kollegen Uhlenberg und von anderen angesprochen worden ist.

(C)

Die Gewässerunterhaltung ist eine zwingende, dringliche, wirklich notwendige Aufgabe, um Gefahren und Schäden abzuwehren. Sie ist darum eine im Wasserhaushaltsgesetz postulierte Pflicht. § 92 des Landeswassergesetzes sagt, daß das Land den zur Unterhaltung der Gewässer Verpflichteten Finanzierungshilfen gewährt, sofern hierfür Mittel im Haushaltsplan veranschlagt sind.

Wir stellen fest: Im Haushaltsplan 1993 sind Mittel in Höhe von 30 Millionen DM veranschlagt, wie vom Landtag vor einem Jahr beschlossen worden ist. Wir stellen zweitens fest: Die Arbeiten, die daraufhin geleistet worden sind, sind inzwischen durchgeführt worden. Und wir sind der Meinung und stimmen dem Kollegen Uhlenberg ausdrücklich zu, daß die Betroffenen deshalb einen Rechtsanspruch auf dieses Geld haben. Wegen dieses Rechtsanspruchs kann die Ausgaben Sperre hier auch nicht greifen. Wir fordern deshalb die Auszahlung dieser restlichen Mittel.

Hinzu kommt, daß bei diesem jahrzehntelang praktizierten Verfahren, das mit dem Landesrechnungshof immer abgestimmt war, die Kosten erst zum Jahresende anfallen, was für das Land übrigens ein Vorteil ist. Und weil das jahrzehntelang so war, genießen die Landwirte auch einen entsprechenden Vertrauensschutz. - Danke schön.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Gorlas. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Matthiesen das Wort.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jetzt kommt das vollständige Zitat!)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Vesper, ich habe nichts dagegen, wenn Sie nach vorne kommen, um es in Voll-

(Minister Matthiesen)

(A)

ständigkeit vorzutragen - wenn Sie denn den Mut dazu haben.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Sie wissen, was ich meine, denn Sie wissen, was drinsteht. Da auch ich weiß, was drinsteht, unterstelle ich Ihnen mal, daß Sie - bei aller Eitelkeit, die ja auch Ihnen nicht ganz fremd ist, wie ich glaube -

(Lachen und Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber da bin ich nur zweiter Sieger!)

diesen Mut nicht aufbringen werden. - Viele werden jetzt nicht verstehen, was wir beide meinen,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ja, eben!)

aber wir könnten irgendwann mal ja für Aufklärung sorgen.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz zu vier Punkten Stellung nehmen.

Zu den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, mit denen wir es auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zu tun haben:

(B)

Natürlich führen diese finanziell veränderten Rahmenbedingungen zu Einschnitten in den Haushalten. So schwer das angesichts der nicht leichten Situation für die Landwirtschaft und für die Landwirte auch ist, kann auch der Bereich Landwirtschaft von diesen notwendigen Sparmaßnahmen nicht ausgenommen werden. Deshalb hat natürlich auch der Agrarretat des Landes, soweit er aufgrund der durchfließenden EG- und Bundesmittel überhaupt mit Landesmitteln bedient werden muß, Kürzungen zu verzeichnen. Ich sage ausdrücklich, daß diese Kürzungen vertretbar sind, auch notwendig sind, weil die Konsolidierung des Landeshaushalts ein Ziel bleiben muß, das niemand aus den Augen verlieren darf.

Natürlich wird dabei darauf geachtet, daß wir so wenig wie möglich Einschränkungen damit verbinden. Deshalb ist es falsch, Herr Kollege Kruse, wenn Sie

(C)

von einem Zusammenbruch der Vertragspolitik im Naturschutz sprechen;

(Abgeordneter Kruse [CDU]: Habe ich nicht gesagt!)

denn Sie wissen, daß wir durch die Einbeziehung in EG-Programme hier EG-Mittel nutzen können. Das wird in Einzelfällen sogar dazu führen, daß wir mehr tun können als bisher.

Bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren - ich sage das auch, weil ich geradezu spüre, daß hier oben hinter mir der Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland sitzt -, möchte ich gern im Zusammenhang mit der Durchführung der EG-Agrarreform, die für Fachleute eine gigantische bürokratisch-administrative Aufgabe ist, den Kammern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer beiden Kammern danken, weil sie im Vergleich zu anderen Bundesländern diese Arbeit vorbildlich bewältigt haben und die Landwirte bei uns rechtzeitig in den Genuß ihrer Leistungen kommen. Damit haben wir in Nordrhein-Westfalen einen großen Vorsprung vor anderen Bundesländern.

Das zeigt auch, meine Damen und Herren, daß die Landesregierung mit ihrer Entscheidung, die beiden Kammern als leistungsfähige Institutionen mit der Durchführung der EG-Agrarreform zu beauftragen, eine sachliche und richtige Entscheidung getroffen hat. - Den Beifall, der jetzt beginnt aufzubranden

(D)

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU)

- allerdings nur bei der SPD-Fraktion, Herr Präsident, wenn Sie das zur Kenntnis genommen haben -, haben unsere Kammern nun wahrlich verdient.

(Abgeordneter Uhlenberg [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Uhlenberg möchte sich für das Schweigen seiner Fraktion entschuldigen?

Vizepräsident Schmidt: Nein, Herr Uhlenberg hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet. - Bitte schön, Herr Uhlenberg.

(A)

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Minister, da Sie ja selbst tüchtig zur Verunsicherung in Nordrhein-Westfalen beigetragen haben, was die Umsetzung der Agrarreform angeht, es aber im Fachausschuß nie einen Zweifel daran gab, daß die Landwirtschaftskammern die richtigen Organisationen sind, um diese Reform durchzuführen, frage ich Sie: Weshalb führen Sie das in dieser Runde an? Das ist überhaupt nicht sachgerecht und entspricht von der Dramatik her, wie Sie sie dargestellt haben, überhaupt nicht der Diskussion des vergangenen Jahres.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Weil ich dem zweiten Herrn Präsidenten auf dem Podium von hoher Warte das Schauspiel der rührigen Hände bei der SPD-Fraktion und Ihr betretenes Schweigen nicht ersparen wollte. Das ist der einzige Grund.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Wegener [CDU]: Das Thema ist viel zu ernst!)

- Spaß beiseite.

Ich glaube, daß die Kammern bewiesen haben, daß sie es können, und daß unsere beiden Kammern als Agrarverwaltung der Zukunft für unser Land ebenfalls bestätigt haben, daß die Entscheidung der Landesregierung, sie mit der Durchführung zu beauftragen, richtig war.

Zum soziostrukturellen Einkommensausgleich:

Wir haben immer erklärt - und das Parlament hat es mit Mehrheit beschlossen -: 1992 ja, weil wir nicht zulassen wollten, daß unsere nordrhein-westfälischen Bauern gegenüber den Berufskollegen aus anderen Bundesländern benachteiligt werden. Ab 1993 aber nein, weil die Landesregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß negative Folgen des Währungsausgleichs, also die Folgen einer verfehlten europäischen Agrarpolitik - bitte schön - in erster Linie von der Europäischen Gemeinschaft zu begleichen sind und nicht auf den Buckel der Bundesländer abgewälzt werden dürfen, die dafür ursprünglich nichts können.

Was das Herkunftszeichen betrifft, so ist es falsch, wenn Sie sagen, wir tun da nichts. Förderungen

(C)

gemeinsam mit Bund und CMA bei regionalen Herkunftszeichen: Das läuft für Westfleisch, Programm "Qualitätsrindfleisch aus dem Westmünsterland". Es wird vorbereitet für das Westfleisch-Qualitätsprogramm bei Schweinefleisch. Das AGM-Zeichen "Frisch aus NRW" als Herkunftszeichen deckt über die Hälfte der NRW-Ernährungsindustrie ab. Man kann darüber diskutieren, ob wir noch weiteres tun einverstanden. Aber Sie können nicht behaupten, wir täten nichts.

Was nun die Gewässerunterhaltung 1993/94 betrifft, so lassen Sie mich bitte, meine Damen und Herren, dazu folgendes sagen: Nach meiner Auffassung beinhaltet die gesetzliche Regelung des Landeswassergesetzes einen Rechtsanspruch der Unterhaltungspflichtigen auf Finanzierungshilfen des Landes, da entsprechende Mittel im Haushalt 1993 veranschlagt sind. Folglich kann die haushaltswirtschaftliche Sperre nicht greifen.

Das Land stellt seit Jahren wiederkehrend Mittel zur Säuberung der Wasserläufe zur Verfügung. Meines Erachtens liegt darin ein neben eine gesetzlich begründete Grundverpflichtung tretender jährlich wiederkehrender, stillschweigend abgeschlossener Werkvertrag mit den Wasser- und Bodenverbänden hinsichtlich Art und Umfang der Arbeiten. Hieraus ergibt sich eine bestehende Verpflichtung des Landes.

(D)

Ich habe darüber, wie Sie wissen, mit Vertretern aller Fraktionen gesprochen. Und ich habe eben zur Kenntnis genommen, daß alle Fraktionssprecher meiner Rechtsauffassung zustimmen und dies auch im Rahmen dieser Debatte so zu Protokoll gegeben haben. Das heißt, das gesamte Parlament stimmt mit dem Fachminister in dieser Beurteilung überein. Deshalb werde ich mit Zustimmung des Hohen Hauses die Mittel noch 1993 zur Auszahlung bringen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, meine Damen und Herren, dies ist eine klarstellende Feststellung, Herr Uhlenberg, Herr Sieg, Herr Gorlas, die Sie von mir eingefordert haben, zu der ich mich jetzt auch berechtigt fühle und die ich guten Gewissens abgeben kann, a) nach eigener rechtlicher Prüfung und Bewertung und b) nachdem Sie als

(Minister Matthiesen)

(A)

Vertreter Ihrer Fraktionen dies in derselben Weise zum Ausdruck gebracht haben.

Was nun die Mittel für 1994 betrifft - Herr Gorlas hat es gesagt -, so sind die Einsparungen schmerzlich. Aber ich hoffe, daß wir, wenn wir die Förderrichtlinien modifizieren - darüber muß noch gesprochen werden -, mit einer sehr sparsamen Mittelbewirtschaftung auch das Jahr 1994 abdecken können.

Ein letztes Wort zur Schweinepest: Es ist, meine Damen und Herren, in den letzten Wochen und Monaten in Brüssel ein Entscheidungsprozeß abgelaufen, der die Landwirte zu Recht auf die Palme getrieben hat, der den Widerstand der betroffenen Landesagrarminister hervorgerufen hat und der zu einem großen Unverständnis in der Öffentlichkeit geführt hat, weil man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, daß manchmal des Guten zuviel getan wurde.

Niemand hat etwas, niemand darf etwas haben gegen rigorose Seuchenbekämpfung. Jeder Landwirt hat dafür auch Verständnis und muß dafür Verständnis haben. Aber wenn der Eindruck erweckt wird, in solche Entscheidungen zur Seuchenbekämpfung würden unter Umständen die eine oder andere handelspolitische Betrachtung oder Wettbewerbsbetrachtung einfließen können, führt das zu Unruhe, zu Unverständnis und auch zu Protest.

(B)

Wir werden unseren konsequenten Kurs der Seuchenbekämpfung in völliger Übereinstimmung mit dem Bundeslandwirtschaftsminister fortsetzen und ihn bei seinem Kurs, in Brüssel weitere Erleichterungen durchzusetzen, voll unterstützen.

Herr Kollege Martsch, dabei geht es auch dann nicht um Selbstbeweihräucherung, wie Sie das gesagt haben. Das ist übrigens ein Wort, das ein bißchen zuviel war. Selbstbeweihräucherung! Wir haben es gar nicht nötig, uns selbst zu beweihräuchern. Erstens: Der Erfolg zählt. Zweitens: Wenn wir denn gelobt werden, müssen wir es nicht selbst machen, sondern es tun andere für uns.

Deshalb lese ich Ihnen und allen anderen ein Schreiben des Präsidenten des Landwirtschaftsverbandes Westfalen-Lippe und ein Schreiben des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes vor. Darin steht:

Die Zusammenarbeit zwischen Ihnen

(C)

- gemeint bin ich -

und Ihren Mitarbeitern sowie den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen in Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung der Schweinepestproblematik empfinden wir als sehr positiv und konstruktiv. Hierfür sprechen wir Ihnen unseren Dank aus.

Dann kommt es:

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Minister, schließlich bitten, Ihre Linie fortzusetzen.

(Bravo! und Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Das werden wir tun, Herr Martsch, Herr Uhlenberg und Herr Kruse. Was soll es denn für einen Landwirtschaftsminister anlässlich der Haushaltsdebatte Besseres geben, als wenn er sich bezogen auf die Vergangenheit und bezogen auf das Jahr 1994 in breitester Übereinstimmung mit den Berufsvertretungen weiß? Das ist die beste Form der Kooperation und die Garantie für unsere Landwirte, daß wir zusammen auch für 1994 das Beste für unsere bäuerlichen Familien herausholen, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Hardt [CDU]: Die Briefe waren doch alle bestellt!)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Matthiesen.

Meine Damen und Herren, zu unserer heutigen Nummer 4 der Tagesordnung, Einzelplan 10, liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über zwei Änderungsanträge zum Einzelplan 10. Antrag Nr. 1 ist zunächst aufgerufen, Fraktion der CDU, Drucksache 11/6451, Kapitel 10 050, Titelgruppe 65, Stichwort "Naturnahe Unterhaltung der

(Vizepräsident Schmidt)

(A)

Gewässer 2. Ordnung". Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Wer ist dagegen? - Die SPD-Fraktion ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag Nr. 2, GRÜNEN-Fraktion, Drucksache 11/6461! Kapitel 10 050, neuer Titel, Stichwort: Ökologischer Sonderfonds, Abfallvermeidung, Bodenschutz, Verwendung der Abfallabgabe. Wer ist für diesen Antrag? - Die Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Mit den Stimmen der SPD-, der CDU- und der F.D.P.-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Einzelplan 10, und zwar entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/6410. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Die SPD-Fraktion! - Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN mit den Stimmen der SPD-Fraktion Annahme in zweiter Lesung.

Ich rufe Nummer 5 unserer Haushaltsplanberatungen auf:

(B)

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 11/6411 und auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6452.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst das Wort der Frau Abgeordneten van Dinther für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordnete van Dinther (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht viel Neues ist zum Haushalt der Frauenministerin zu sagen. Es ist und bleibt ein Miniressort mit Minizuständigkeiten. Der Verweis auf die Querschnittsaufgabe der Frauenpolitik täuscht über die Ungleichverteilung der Aufgaben in den einzelnen Ministerien nicht hinweg.

(C)

Aber ein paar positive Hinweise zum Anfang. So wird das Netz der Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen 1994 wohl geschlossen werden können. Auch die Zitterpartie der Frauenberatungsstellen wird 1994 vermieden, da die Personalkostensteigerungen im Haushalt eingeplant sind. Da Positives ja auch benannt werden sollte, will ich das nicht verschweigen.

(Zustimmung bei der SPD)

Kritik muß ich aber an den bei Ihnen kaum zu erkennenden Bemühungen, Kosten einzusparen, äußern. Nun können Sie ja sagen, daß bei einem 21-Millionen-Haushalt mit fast 10 Millionen DM Personal- und Sachkosten halt nicht viel einzusparen wäre. Doch wir meinen, in Zeiten wie dieser muß die Ausgabe jeder einzelnen Mark auf Sinnhaftigkeit hin überprüft werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Da finden wir eben auch in Ihrem Haushalt Positionen, die in diesen Zeiten verzichtbar sind. Ich werde gleich einige Beispiele nennen.

Da ist zum Beispiel der Etat für Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen. 710 000 DM sollen dafür 1994 ausgegeben werden, ebensoviel wie 1993. Im Vergleich mit den anderen Ministerien wird da nicht gerade sparsam mit dem Geld umgegangen. Allein für die Öffentlichkeitsarbeit sind im Frauenhaushalt 1994 250 000 DM eingeplant.

(D)

Das riesige MAGS dagegen sieht dafür nur 174 000 DM vor, bei einem Gesamtetat von 6,7 Milliarden DM. Oder das Innenministerium verplant in diesen Bereichen 159 000 DM, bei einem Gesamtetat von 5,1 Milliarden DM.

(Zuruf der Ministerin Ridder-Melchers)

Auch bei den Modellen und innovativen Maßnahmen müßten Sie, meinen wir, besser vorbereiten, besser prüfen, besser planen. Ob zum Beispiel Selbstverteidigung und Selbstbehauptung von Frauen nicht auch von Sportvereinen und Judoclubs im Lande gemacht werden könnte, stellen wir zumindest einmal in Frage. Wir meinen, daß das nicht unbedingt als Projekt